Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Montag, 10.09.2018, 17:00 Uhr, Ratssaal

Anwesend:

Vom Bau- und Umweltausschuss

Ausschussvorsitzender

Jens Nacke CDU

Ausschussmitglied

Hartmut Bruns FDP
Lutz Helm SPD
Enno Kruse UWG
Ralf Küpker CDU

Jens-Gert Müller-Saathoff B 90/Grüne als Vertreter für Günter Teusner Kirsten Schnörwangen CDU als Vertreterin für Bärbel Osterloh

Dirk Schröder SPD Helmut Stalling CDU

Irmgard Stolle SPD als Vertreterin für Timo Broziat

Jörg Weden SPD

von der Verwaltung

Jörg Pieper Bürgermeister

Hans-Günter Siemen Fachbereichsleiter Bauen und Planen
Bernd Quathamer Fachdienstleiter Bauverwaltung und Proto-

kollführer

Gäste

Rita Abel NWP Planungsgesellschaft mbH, zu TOP 8

bis TOP 17

Tonia Hysky Nordwest-Zeitung, Volontärin

und zeitweise bis zu 22 Zuhörer/-innen.

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Begrüßung

Ausschussvorsitzender Nacke begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder

Die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Mitglieder werden festgestellt.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird vom Ausschussvorsitzenden festgestellt.

4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Ausschussvorsitzender Nacke berichtet, dass Anwohner der Straße "Holtkamp" ihm vor der Sitzung eine Stellungnahme zu der geplanten 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Borbeck, Holtkamp" (TOP 15) übereicht hätten, mit der Bitte, diese als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder zu verteilen.

Da hierzu keine Einwände vorgetragen werden, wird das Schreiben an die Ausschussmitglieder verteilt. Es soll außerdem dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

Die Tagesordnung wird anschließend in der vorliegenden Fassung festgestellt.

5. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung

Es wird kein Bedarf für eine Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung festgestellt.

6. Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde werden keine Fragen gestellt.

7. Genehmigung der Niederschrift vom 04.06.2018

Die Niederschrift über die Bau- und Umweltausschusssitzung am 04.06.2018 wird bei drei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

8. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122 "Metjendorfer Landstraße/ Ofenerfelder Straße";

hier: a) Beschlussfassung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie von privater Seite

b) Satzungsbeschluss

Vorlage: B/1166/2018

Frau Abel, NWP, erläutert die in einigen wenigen Punkten überarbeitete Planung und die Abwägungsvorschläge anhand der beigefügten Präsentation.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff erinnert daran, dass sich seine Fraktion aus Kostengründen und aus pädagogischen Gründen gegen die geänderte ebenerdige Planung ausgesprochen habe. Da man die Kita, die nun deutlich später fertiggestellt werde, grundsätzlich jedoch befürworte, werde er sich der Stimme enthalten.

Es ergeht bei zwei Enthaltungen einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Rat der Gemeinde Wiefelstede beschließt zu den eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie von privater Seite gemäß den vorliegenden Abwägungsvorschlägen.
- b) Weiter beschließt der Rat der Gemeinde Wiefelstede die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122 "Metjendorfer Landstraße/Ofenerfelder Straße" gemäß § 1 Absatz 3 und § 10 Absatz 1 BauGB in Verbindung mit §§ 10 und 58 NKomVG als Satzung einschließlich Begründung.
- 9. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 108 IX "Wiefelstede, Thienkamp Erweiterung";

hier: a) Beschlussfassung zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie von privater Seite

b) Satzungsbeschluss

Vorlage: B/1167/2018

Frau Abel, NWP, erläutert die überarbeitete Planung und die Abwägungsvorschläge anhand der beigefügten Präsentation.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Rat der Gemeinde Wiefelstede beschließt zu den eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie von privater Seite gemäß den vorliegenden Abwägungsvorschlägen.
- b) Weiter beschließt der Rat der Gemeinde Wiefelstede die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 108 IX "Wiefelstede, Thienkamp Erweiterung" gemäß § 1 Absatz 3 und § 10 Absatz 1 BauGB in Verbindung mit §§ 10 und 58 NKomVG als Satzung einschließlich Begründung.

10. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 58 II "Wiefelstede-Nuttel, Nutteler Weg - Erweiterung";

hier: a) Beschlussfassung zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite

b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: B/1169/2018

Frau Abel, NWP, erläutert den überarbeiteten Planentwurf und die Abwägungsvorschläge anhand der beigefügten Präsentation.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede beschließt zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite gemäß den vorliegenden Abwägungsvorschlägen.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.
- 11. 122. Änderung des Flächennutzungsplanes (parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 58 II);

hier: a) Beschlussfassung zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite

 b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB Vorlage: B/1177/2018

Aufgrund der bereits zu TOP 10 (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 58 II "Wiefelstede-Nuttel, Nutteler Weg - Erweiterung") erhaltenen Informationen ergeht ohne weitere Aussprache einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede beschließt zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite gemäß den vorliegenden Abwägungsvorschlägen.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

- 12. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 146 "Wiefelstede, Feldtange"; hier: a) Beschlussfassung zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater
 - b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB Vorlage: B/1175/2018

BM Pieper berichtet, dass man bisher davon ausgegangen war, dass die Oberflächenentwässerung, die teilweise über private Fläche geführt werden müsse, geklärt sei. Am heutigen Nachmittag habe man dann jedoch die Nachricht erhalten, dass eine Einverständniserklärung fehle. Dennoch schlage die Verwaltung vor, in der heutigen Sitzung über die beiden Bauleitplanverfahren zu beraten. Falls die Oberflächenentwässerung nicht bis zur nächsten VA-Sitzung abschließend geklärt werden kann, könne man die Entscheidung vertagen und würde so weniger Zeit verlieren.

Frau Abel fügt hinzu, dass die Oberflächenentwässerung vom Grundsatz her möglich und mit den Fachbehörden abgestimmt sei und nur noch einige Details zu klären seien. Anschließend erläutert Sie die überarbeitete Planung und die Abwägungsvorschläge anhand der beigefügten Präsentation. Nach erfolgter Vermessung konnten nun Einzelbäume als zu erhalten festgesetzt werden. Gutachten würden belegen, dass die Grenzwerte beim Verkehrslärm, beim gewerblichen Lärm und bei den Geruchsimmissionen eingehalten werden. Angestrebt werden in den neu zu bebauenden Bereich eine dem örtlichen Charakter angepasste Nutzung mit einer Mindestgrundstücksgröße und ein Ausgleich des Eingriffs in die Natur möglichst vor Ort. Die Grundflächenzahl (GRZ) wurde an den Bestand angepasst und konnte so in einigen Bereichen reduziert werden.

Ausschussmitglied Kruse weist darauf hin, dass im städtebaulichen Konzept von der Mindestgrundstücksgröße abgewichen werde.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Schnörwangen erklärt Frau Abel, dass die Kosten für die notwendigen Schallschutzmaßnahmen vom Eigentümer zu tragen seien. Diese seien bei Neubauten jedoch die in der Regel bereits durch die Anforderungen an den Wärmeschutz abgedeckt.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Schnörwangen nach dem nur 20 m großen Durchmesser des geplanten Wendekreises erklärt Frau Abel, dass dies mit dem Landkreis abgestimmt sei und den Mindestanforderungen der Müllabfuhr entsprechen würde.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Müller-Saathoff, ob die Geruchsimmissionen der Hähnchenmastställe beim Geruchsgutachten berücksichtigt wurden, erklärt Frau Abel, dass die Landwirtschaftskammer anhand von Erfahrungswerten die Betriebe im Abstand von 600 m berücksichtige (Anmerkung: Die Hofstelle Kuck liegt im Beurteilungsgebiet).

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Stolle erklärt Frau Abel, dass der Landkreis in seinen Stellungnahmen für die Müllfahrzeuge grundsätzlich Wendekreise mit einem Durchmesser von 22 m fordere. Ein Durchmesser von 20 m werde in der Praxis jedoch akzeptiert.

Es ergeht mit einer Enthaltung einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede beschließt zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite gemäß den vorliegenden Abwägungsvorschlägen.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.
- 13. 118. Änderung des Flächennutzungsplanes (parallel zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 146);

hier: a) Beschlussfassung zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite

b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: B/1176/2018

Frau Abel, NWP, weist noch einmal darauf hin, dass in der Planzeichnung auf Wunsch des Landkreises neben der gemischten Baufläche nunmehr auch Flächen für die Landwirtschaft dargestellt werden.

Aufgrund der bereits zu TOP 12 (Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 146 "Wiefelstede, Feldtange") erhaltenen Informationen und der dort geführten ausführlichen Diskussion ergeht ohne weitere Aussprache bei 1 Enthaltung folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede beschließt zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite gemäß den vorliegenden Abwägungsvorschlägen.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

14. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 29 II "Heidkamp - Nord";

hier: a) Beschlussfassung zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite

b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: B/0975/2017

Frau Abel, NWP, erläutert die überarbeitete Planung und die Abwägungsvorschläge anhand der beigefügten Präsentation. Wegen des Verkehrslärms seien passive Lärmschutzmaßnahmen notwendig. Der gewerbliche Lärm des landwirtschaftlichen Betriebes sei hingegen unerheblich.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff spricht die geplante Aufhebung des Wallheckenschutzes und das geplante Durchforsten der Wallhecke an. Er möchte wissen, ob die Wallhecke dann im Endergebnis auch planiert werden könne.

Frau Abel verweist auf das Erhaltungsgebot, das im Bebauungsplan festgesetzt werden soll.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Müller-Saathoff erklärt Frau Abel, dass bei der Errichtung von Mehrfamilienhäusern im Bereich entlang der Landesstraße die Bauverbotszone und die Lärmpegelbereiche beachtet werden müssten.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Helm erklärt Frau Abel, dass es sich bei Außenwohnbereichen um Terrassen und Balkone handele. Diese müssten im Bereich A 1 zur lärmabgewandten Seite ausgerichtet oder durch geeignete bauliche Maßnahmen abgeschirmt werden. Die Bezeichnungen zum Lärmschutz (S1 und S2, A1 und A2) habe sie aus dem Lärmschutzgutachten übernommen. Zwischen den Bebauungsplangebieten Nr. 29 I und 29 II sei keine dauerhafte Verbindung vorgesehen.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Schnörwangen bestätigt Frau Abel, dass die Geruchsimmissionsrichtwerte im Bereich der Mehrfamilienhäuser nicht überschritten werden. Der landwirtschaftliche Betrieb werde durch das geplante Wohngebiet in seiner Entwicklung nicht eingeschränkt.

FBL Siemen fügt hinzu, dass die notwendige Verrohrung des Grabens auf der Seite des landwirtschaftlichen Betriebes zur Ableitung des Oberflächenwassers in die Ofener Bäke mit dem Landwirt abgesprochen sei.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede beschließt zu den Anregungen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie von privater Seite gemäß den vorliegenden Abwägungsvorschlägen.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

15. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Borbeck, Holtkamp";

hier: a) Aufstellungsbeschluss

b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: B/1171/2018

Frau Abel, NWP, stellt den Bebauungsplanentwurf anhand der in der Anlage beigefügten Präsentation vor. Ziel sei es, eine Nachverdichtung im zentralen Bereich des Ortsteils Borbeck zu ermöglichen. Durch das Anheben der GRZ auf 0,3 und die Erweiterung der überbaubaren Fläche könnten die Grundstücke flexibler bebaut werden. Mit einer GRZ von 0,3 könnten nur auf rd. 1/3 der Grundstücksfläche Hochbauten entstehen. Dies wäre eine moderate Entwicklung des Baugebiets. Die Nachbarschaft werde schon durch das allgemeine Baurecht vor erheblichen Beeinträchtigungen geschützt.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff spricht sich grundsätzlich für eine Nachverdichtung aus. Bisher sei es auch gelungen, diese mit den betroffenen Anwohner einvernehmlich zu regeln. Hier seien jedoch viele Bürger dagegen. Vor Jahren sei deshalb ein vergleichbares Vorhaben abgelehnt worden. Er hofft, dass ein Kompromiss gefunden werden kann. Durch eine Nachverdichtung leide die Wohnqualität. Auf der anderen Seite wolle man jedoch auch den Außenbereich schonen. Er habe dennoch Bedenken gegen geplante Änderung des Bebauungsplanes.

Frau Abel weist darauf hin, dass nur eingeschossige Einzelhäuser zulässig sein sollen. Durch örtliche Bauvorschriften sollen außerdem sogenannte Staffelgeschosse ausgeschlossen werden.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff wünscht sich eine kleinteiligere Bebauung und fragt, ob es noch andere Möglichkeiten gibt, damit die Nachbarn nicht zu sehr gestört werden.

Auf Anfrage von Ausschussvorsitzendem Nacke erklärt Frau Abel, dass man bei den Festsetzungen die örtlichen Strukturen übernommen habe.

Ausschussmitglied Bruns weist darauf hin, dass sich in den letzten 10 Jahren vieles geändert habe. Es gebe zurzeit einen Mangel an Wohnraum. Die geplante Nachverdichtung hält er ebenfalls für moderat. Hier werde lediglich die Möglichkeit einer Bebauung geschaffen und keine Pflicht. Diese Möglichkeit werde eventuell erst von den Kindern oder Enkelkindern zu einem späteren Zeitpunkt genutzt. Seine Fraktion werde der Änderung des Bebauungsplanes daher zustimmen.

Ausschussmitglied Weden berichtet, dass es in seiner Fraktion in diesem Fall unterschiedliche Meinungen gebe. Eine Nachverdichtung sei bereits an vielen Orten durchgeführt worden. Hier liege ein ähnlicher Sachverhalt vor. Es gebe keinen Anspruch darauf, dass alles so bleibt wie es ist. Außerdem werde niemand zu einer Nachverdichtung gezwungen. Zurzeit würden viele Grundstücke geteilt werden. Grundstücke in neuen Baugebieten hätte nur eine Größe von rd. 600 m². Maßnahmen zur Innenentwicklung seien grundsätzlich besser als eine Entwicklung im Außenbereich. Insofern könne er die Bedenken von Ausschussmitglied Müller-Saathoff nicht teilen.

Ausschussvorsitzender Nacke übergibt den Vorsitz an Ausschussmitglied Weden.

Ausschussmitglied Nacke berichtet, dass man die Angelegenheit im Vorfeld intensiv erörtert habe. Die Frage sei nicht leicht zu beantworten. Auf der einen Seite wolle man die Möglichkeit schaffen zu bauen, auf der anderen Seite sehe man aber auch den Schutzstatus der Nachbarn. Einige Kritikpunkte seien jedoch hinnehmbar, wie beispielsweise die Zunahme des Verkehrs. Dass der Nachbar in den Garten hineinblicken könne, könne für den Einzelnen durchaus belastend sein. Maßnahmen zur Innentwicklung wurden bereits an den verschiedensten Stellen durchgeführt. Das Wohngebiet am Holtkamp in Borbeck habe bereits einen Siedlungscharakter und sei insofern vergleichbar mit dem Wohngebiet Blumenstraße/Rosenstraße in Wiefelstede. In diesen alten Siedlungen sei damals die Möglichkeit zur Tierhaltung und somit zur Selbstversorgung ein wichtiges Ziel gewesen. Der Verkauf solcher Grundstücke sei wegen der eingeschränkten Bebaubarkeit eher schwierig. Er werde der Planung daher zustimmen.

Ausschussvorsitzender Nacke übernimmt wieder den Vorsitz.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff erinnert noch einmal an die Gründe für die Ablehnung einer Nachverdichtung vor 10 Jahren. Auch jetzt seien 80 % der Anwohner dagegen. Vielleicht sollte man lediglich Anbauten ermöglichen, die weniger massiv sein sollten als die Bebauung an der Straßenseite.

Ausschussmitglied Weden erklärt, dass Anbauten lediglich im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplanes zulässig seien.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Schnörwangen erklärt Frau Abel, dass der bestehende Bebauungsplan von 1965 keine Festsetzungen zur Firsthöhe und zur Traufhöhe enthalte. Diese würden jetzt erstmals in den Bebauungsplan aufgenommen. Ebenfalls vorgesehen seien örtliche Bauvorschriften unter anderem zur Dachgestaltung. Zulässig sei nur eine eingeschossige Bauweise.

FBL Siemen schlägt vor, in der heutigen Sitzung festzulegen, dass Befreiungen zur First- und Traufhöhe und zur örtlichen Bauvorschrift zur Dachgestaltung grundsätzlich nicht zulässig seien.

Ausschussmitglied Kruse hält die Entscheidung über die geplante Nachverdichtung ebenfalls für schwierig. Man wolle die Innenentwicklung jedoch forcieren und werde der Planung daher zustimmen, auch weil die Bebauung auf Freiwilligkeit beruhe.

Ausschussmitglied Bruns befürwortet den Vorschlag von FBL Siemen, sich grundsätzlich gegen Befreiungen auszusprechen.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Bruns erklärt FBL Siemen, dass ein Aufhäufen des Bodenaushubes auf den Grundstücken zwar möglich sei, der Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen jedoch die fertige Straße sei.

Ausschussmitglied Stolle kündigt an, sich der Stimme zu enthalten. Die Vorgänge auf der Bürgerversammlung hätten ihr zu denken gegeben.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff beantragt, die Beratung zu vertagen.

BM Pieper schlägt vor, den Beschlussvorschlag um den Zusatz zu ergänzen, dass Anträgen auf Zulassung von Befreiungen zur Firsthöhe, zur Traufhöhe und zur örtlichen Bauvorschrift zur Dachgestaltung grundsätzlich nicht zugestimmt wird.

Ausschussvorsitzender Nacke lässt zunächst über den Vorschlag von Ausschussmitglied Müller-Saathoff abstimmen.

Der Antrag von Ausschussmitglied Müller-Saathoff auf Vertagung der Beratung wird mit 1 Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Nacke einzeln über die Beschlussvorschläge und über den Vorschlag von Bürgermeister Pieper abstimmen.

Ausschussmitglied Schröder weist daraufhin, dass der Vorschlag von BM Pieper über die gesetzliche Regelung hinausgehe und er daher Bedenken habe. Hier sollte kein Beschluss gefasst sondern besser eine Empfehlung ausgesprochen werden.

FBL Siemen weist darauf hin, dass der Landkreis Anträgen auf Zulassung einer Befreiung nur im Einvernehmen mit der Gemeinde zustimme.

Für Ausschussvorsitzenden Nacke ist eine Empfehlung zu wenig. Er schlägt vor, die rechtliche Zulässigkeit des Beschlussvorschlages zu den Befreiungen bis zur VA-Sitzung vom Landkreis prüfen zu lassen. Dieser könne gegebenenfalls in der VA-Sitzung noch geändert werden.

Der Ausschuss stimmt zu den nachfolgenden Beschlussvorschlägen wie folgt ab:

- a) 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen
- b) 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen
- c) 9 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen
- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Borbeck, Holtkamp" im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
- c) Der Verwaltungsausschuss beauftragt die Verwaltung, zu Anträgen an den Landkreis Ammerland auf Zulassung von Befreiungen zur First- und/oder Traufhöhe und zur örtlichen Bauvorschrift zur Dachgestaltung grundsätzlich eine negative Stellungnahme abzugeben mit dem Ziel, Bauformen auszuschließen, die sich nicht in das Ortsbild einfügen (wie Staffelgeschosse), und so den Charakter der Siedlung zu erhalten.

16. Aufstellung einer Außenbereichssatzung für Mollberg;

hier: a) Aufstellungsbeschluss

b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: B/1170/2018

Frau Abel, NWP, stellt den Entwurf der Außenbereichssatzung anhand der in der Anlage beigefügten Präsentation vor und erläutert noch einmal das Prinzip einer solchen Satzung. Der Entwurf sei mit dem Landkreis abgestimmt. Durch die näheren Bestimmungen über die Zulässigkeit von Vorhaben soll erreicht werden, dass sich diese in die Umgebung einfügen.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Schnörwangen erklärt Frau Abel, dass der Geltungsbereich nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt sei, da vor Ort kein landwirtschaftlicher Betrieb existiere und somit keine Geruchsbelästigungen zu erwarten seien.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Schnörwangen zur vorhandenen Infrastruktur erklärt FBL Siemen, dass alle Bestandsgebäude an den vorhandenen Schmutzwasserkanal angeschlossen seien und neue angeschlossen werden müssen. Die Oberflächenentwässerung vor Ort durch Versickerung sei unproblematisch. Die Versorgung mit Strom, Gas und Trinkwasser sei gesichert. Eine Bushaltestelle sei in der Nähe vorhanden. Er erinnert daran, dass es seit Jahren Probleme mit einer Bebauung in den dörflichen Gebieten gebe. An den geplanten Geltungsbereich grenze auf Rasteder Seite bereits eine vergleichbare Bebauung an.

Ausschussmitglied Weden führt an, dass man eigentlich keine weitere Zersiedelung wolle. Hier gehe es jedoch auch um die Entwicklungsmöglichkeiten zweier gewerblicher Betriebe. Der Geltungsbereich sei mit dem Landkreis abgestimmt worden. Eine weitere Reduzierung sei bekanntlich nicht möglich. Seine Fraktion werde der Planung daher zustimmen.

Ausschussmitglied Schnörwangen ist der Auffassung, dass man die Zersiedelung zwar vorantreibe, hier gehe es jedoch auch um die beiden Betriebe vor Ort. Sie sei froh, dass es gelungen sei, den Geltungsbereich zu verkleinern und stimmt dem Satzungsentwurf mit Bauschmerzen zu.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Kruse erklärt Frau Abel, dass keine näheren Bestimmungen zur First- und Traufhöhe vorgesehen seien, da sich die Neubauten einfügen müssen. Staffelschosse dürften daher nicht entstehen. Hierrüber entscheide letztendlich der Landkreis als Bauaufsichtsbehörde. Es gehe hier um eine Außenbereichssatzung und nicht um einen Bebauungsplan.

Ausschussmitglied Bruns sieht in der geplanten Bebauung keine Zersiedelung sondern eine Verlängerung der am Mollberger Weg bereits vorhandenen Bebauung. Letztendlich würde er einer solchen Satzung aber auch an anderer Stelle zustimmen.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff verweist auf das Wohnbauflächenentwicklungs-konzept, wonach 20 % des Bedarfs in den dörflichen Ortsteilen abgedeckt werde soll. Mollberg zähle ausdrücklich nicht dazu. Da hier jedoch auch zwei Betriebe betroffen seien und auf Rasteder Seite bereits eine Bebauung am Mollberger Weg vorhanden sei, werde er sich der Stimme enthalten.

Bei einer Stimmenthaltung ergeht folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die Aufstellung einer Außenbereichssatzung für Mollberg, gemäß 35 Abs. 6 BauGB.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß 4 Abs. 2 BauGB.
- 17. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 25 I "Wiefelstede-Bäke, Erweiterung";

hier: a) Aufstellungsbeschluss

b) Beschlussfassung über die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: B/1172/2018

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Weden erklärt FBL Siemen, dass die Möglichkeit einer Bebauung nach § 34 BauGB zwar für das Ärztehaus vom Landkreis gesehen wurde, nicht aber für den rückwärtigen Bereich.

Frau Abel, NWP, stellt den Bebauungsplanentwurf anhand der in der Anlage beigefügten Präsentation vor. Ziel sei es hierbei auch, möglichst viele Bäume zu erhalten.

Ausschussmitglied Kruse fragt nach der Größe der Grundstücke und den Gründen für die Festsetzung der Traufhöhe auf 6 m.

Frau Abel erklärt, dass man sich hier in einem zentralen Bereich mit gewerblicher Nutzung befinde. Außerdem sei hier keine Nachbarschaft direkt betroffen. Die Festsetzung erlaube eine bessere Ausnutzung des Bauteppichs.

FBL Siemen fügt hinzu, dass sich so eine Abstufung zwischen dem Ärztehaus und der Wohnbebauung ergebe.

Frau Abel vermutet, dass die Grundstücke eine Größe zwischen 600 m² und 800 m² haben werden.

Ausschussmitglied Müller-Saathoff erklärt, dass seien Fraktion dem Bebauungsplan wegen der daraus resultierenden Nachverdichtung und der geplanten Grünfläche zustimmen werde.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

- a) Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede stimmt dem vorgestellten Planentwurf zu und beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 25 I "Wiefelstede-Bäke, Erweiterung" im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB.
- b) Weiter beschließt der Verwaltungsausschuss die Durchführung der öffentlichen Auslegung gleichzeitig mit der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB.

18. Einwohnerfragestunde

18.1. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Borbeck, Holtkamp"

Ein Einwohner möchte wissen, warum auf der einen Seite in Borbeck - gegen den Willen der Mehrheit der Anwohner - eine Nachverdichtung mit kleineren Grundstücken und auf der anderen Seite bei der Außenbereichssatzung in Mollberg eine Mindestgröße von 1.000 m² beschlossen wurde.

Ausschussvorsitzender Nacke erklärt, dass es hier um zwei unterschiedliche Sachverhalte gehe. Mollberg liege im Außenbereich. Hier soll eine Außenbereichssatzung erlassen werden. Das Wohngebiet in Borbeck, Holtkamp, liege hingegen im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und habe bereits einen Siedlungscharakter.

Eine Einwohnerin hält dagegen, dass im Bebauungsplan Nr. 146 "Wiefelstede, Feldtange" ebenfalls keine Nachverdichtung geplant sei, sondern eine Mindestgrundstücksgröße von 900 m² festgesetzt werden soll.

Ausschussvorsitzender Nacke erklärt, dass im Bebauungsplan Nr. 146 wegen der Geruchsimmissionen des landwirtschaftlichen Betriebes und der bestehenden Nutzungsstrukturen ein Dorfgebiet geplant sei. Auch um den Bestand zu sichern sei deshalb eine Mindestgrundstücksgröße vorgesehen.

Herr Singmann, Holtkamp 14, möchte wissen, warum das eindeutige Votum einer deutlichen Mehrheit der Anwohner des Holtkamp bei der Entscheidung nicht berücksichtigt wurde. Das Anliegen der Anwohner sei weder rechtswidrig noch unmoralisch. Nach dieser Entscheidung habe er die Lust zur Teilnahme am politischen Leben verloren.

Ausschussvorsitzender Nacke erklärt, dass jedes einzelne Ausschussmitglied seine Entscheidung nach Abwägung der unterschiedlichen Interessen getroffen habe. Man habe sich hierbei unter anderem die Frage gestellt, inwieweit die Meinung der Mehrheit das Interesse einzelner einschränken dürfe. Es seien viele Einzelgespräche mit Betroffenen geführt worden. Man habe sich die Entscheidung also nicht leicht gemacht.

19. Anfragen und Anregungen

19.1. Sperrmüll vor dem "Völkel-Haus"

Ausschussmitglied Stolle möchte vom Ordnungsamt wissen, wer für den Sperrmüll vor dem "Völkel-Haus" in Wiefelstede an der August-Hinrichs-Straße zuständig sei bzw. wer die Entsorgung veranlassen könne.

19.2. Straßenbeleuchtung

Ausschussmitglied Helm berichtet, dass die Beleuchtung am Ole Karkpadd zwischenzeitlich ausgefallen war. Er bemängelt weiter, dass die Verlängerung der Brennzeiten im Süden der Gemeinde immer noch nicht umgesetzt wurde.

19.3. Beschilderung Baustellenzufahrt zum Neubaugebiet "An der Alexanderheide"

Ausschussmitglied Helm berichtet, dass Lkw auf dem Weg ins Neubaugebiet in den gerade erst sanierten Teil der Straße "Am Ostkamp" fahren würden, da die Beschilderung der Baustellenzufahrt bei Köhncke leicht übersehen werden könne. Er schlägt vor, bei der Post ein zusätzliches Hinweisschild aufzustellen.

19.4. Geschwindigkeitsmessungen auf den Gemeindestraßen im Außenbereich

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Schnörwangen erklärt FBL Siemen, dass die Messungen in den gewichtsbeschränkten Straßen von der Polizei durchgeführt wurden. Bei der Einführung der Geschwindigkeitsbeschränkung für gewichtsbeschränkte Straßen auf 30 km/h sei seinerzeit beschlossen worden, die Einhaltung überprüfen zu lassen. Die Gemeinde habe keinen entsprechenden Auftrag erteilt und könne dies auch gar nicht. Die Zuständigkeit liege hier beim Landkreis.

20.	Schließung der öffentlic	chen Sitzung	
Aussch	ussvorsitzender Nacke sch	nließt die Sitzung um 19.25 Uhr	·.
_	ns Nacke ussvorsitzender		gez. Hans-Günter Siemen Fachbereichsleiter
		gez. Bernd Quathamer	



Gemeinde Wiefelstede

4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 122

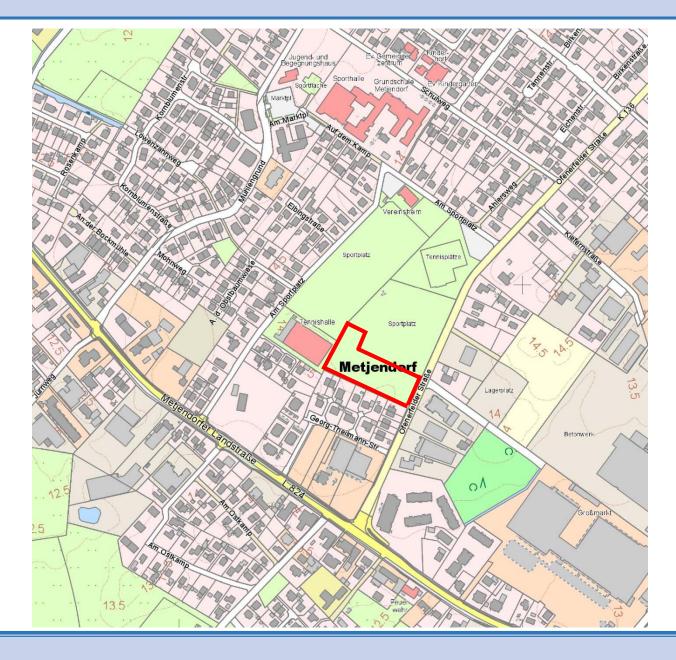
Metjendorfer Landstraße / Ofenerfelder Straße

Gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren



Planungsgesellschaft mbH

NWP.

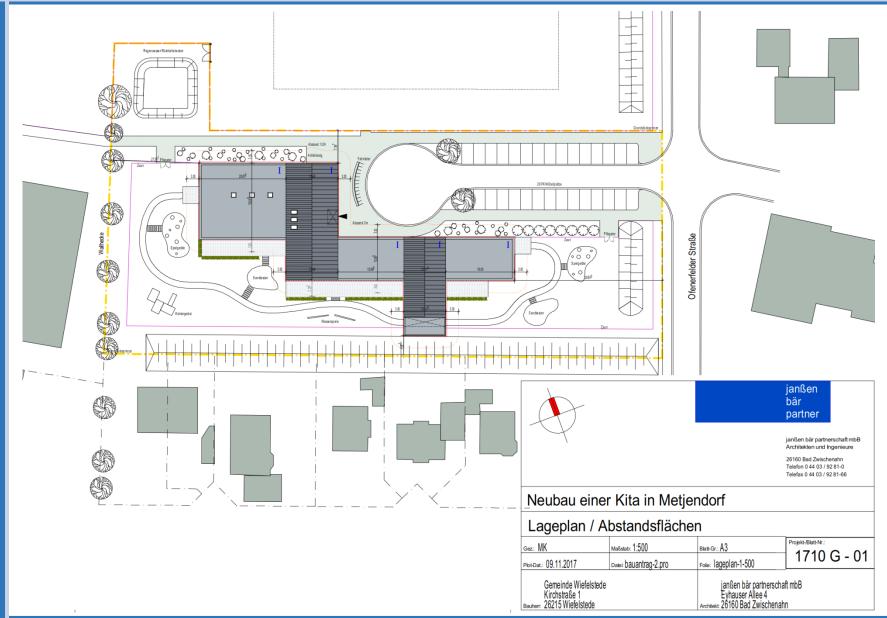


Übersicht

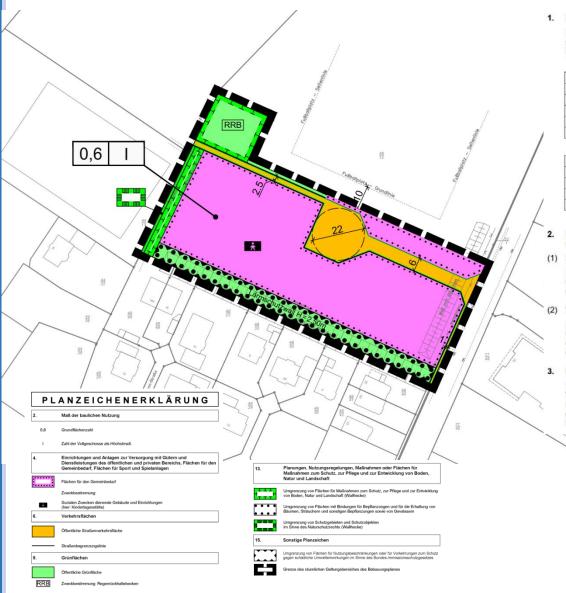
0,6

116. Berichtigung des Flächennutzungsplanes

NWP Planungsgesellschaft mbH



Erschließungskonzept



1. Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB festgesetzten Fläche zur Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten. Abgängige Gehölze sind durch Nachpflanzungen der nachfolgenden Liste zu ersetzen.

Pflanzliste 1: Laubbäu	me		
Pflanzqualität: Hochstan	nm, Stammumfang mindester	ns 10 – 12 cm	
Betula pendula	Sandbirke	Quercus robur	Stieleiche
Carpinus betulus	Hainbuche	Salix aurita	Ohrweide
Fagus sylvatica	Rotbuche	Sorbus aucuparia	Eberesche
Prunus padus	Traubenkirsche	Tilia cordata	Winterlinde

Pflanzliste 2: Sträucher			
Pflanzqualität: Höhe minde	stens 100 cm		
Acer campestre	Feldahorn	Cornus mas	Kornel-Kirsche
Corylus avellana	Haselnuss	Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Crataegus monogyna	Eingriffeliger Weißdorn	Rosa canina	Hundsrose

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

(1) Regenrückhaltung

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gekennzeichneten Fläche im Norden ist ein Rückhaltebecken anzulegen.

(2) Wallheckenschutz

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gekennzeichneten Flächen im Westen ist ein Wildkrautsaum in 5 m Breite parallel zur Wallhecke anzulegen. Der Wildkrautsaum darf nur ein- bis zweimal im Jahr gemäht und sonst in keiner Weise genutzt werden.

3. Maßnahmen zum Schutz gegen Sportlärm

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetztes ist der Lärmschutzwall in mindestens 2,50 m Höhe zu erhalten. Unterer Bezugspunkt ist die Oberkante des Geländes im südlich angrenzenden Mischgebiet.



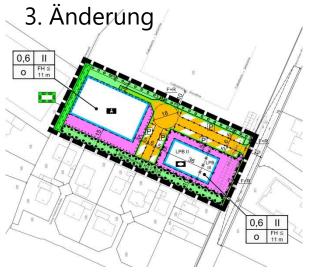


Landkreis Ammerland

Ausgleich für überplante Pflanzfläche Nicht erforderlich,

- da bisher keine Umsetzung erfolgt ist,
- Sportplatz keine Anpflanzung festsetzt,
- Begrünungsmaßnahmen im Rahmen der Objektplanung

Festsetzungen zum Lärmschutz wird wieder übernommen



NABU

Ausgleich für überplante Pflanzfläche Naturnahe Gestaltung Abstandsflächen Anpflanzung von Laubgehölzen, Hecken





- L	ANZEICHENERKLÄRUNG
2.	Maß der baulichen Nutzung
0,6	Grundflächenzahl
1	Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
4.	Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für der Gemeinbedarf, Flächen für Sport und Spielanlagen
	Flächen für den Gemeinbedarf
	Zweckbestimmung:
÷	Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen (hier: Kindertagesstätte)
6.	Verkehrsflächen
	Öffentliche Straßenverkehrsfläche
	Straßenbegrenzungslinie
9.	Grünflächen
	Öffentliche Grünfläche

	Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
TTT	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Wallhecke)
• • • •	Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
	Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts (Wallhecke)
15.	Sonstige Planzeichen
	Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schul gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-immissionsschutzgesetzes
LPB II	Lärmpegelbereich
LF D II	Lampegolocition
-x -x -x	Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche

Textliche Festsetzungen

1. Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB festgesetzten Fläche zur Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten. Abgängige Gehölze sind durch Nachpflanzungen der nachfolgenden Liste zu ersetzen.

Pflanzliste 1: Laubbäu	me		
Pflanzqualität: Hochstan	nm, Stammumfang mindeste	ns 10 – 12 cm	
Betula pendula	Sandbirke	Quercus robur	Stieleiche
Carpinus betulus	Hainbuche	Salix aurita	Ohrweide
Fagus sylvatica	Rotbuche	Sorbus aucuparia	Eberesche
Prunus padus	Traubenkirsche	Tilia cordata	Winterlinde

Pflanzliste 2: Sträucher			
Pflanzqualität: Höhe minde	stens 100 cm		
Acer campestre	Feldahorn	Cornus mas	Kornel-Kirsche
Corylus avellana	Haselnuss	Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Crataegus monogyna	Eingriffeliger Weißdorn	Rosa canina	Hundsrose

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

(1) Regenrückhaltung

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gekennzeichneten Fläche im Norden ist ein Rückhaltebecken anzulegen.

2) Wallheckenschutz

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gekennzeichneten Flächen im Westen ist ein Wildkrautsaum in 5 m Breite parallel zur Wallhecke anzulegen. Der Wildkrautsaum darf nur ein- bis zweimal im Jahr gemäht und sonst in keiner Weise genutzt werden.

3. Maßnahmen zum Schutz gegen Sportlärm

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetztes ist der Lärmschutzwall in mindestens 2,50 m Höhe zu erhalten. Unterer Bezugspunkt ist die Oberkante des Geländes im südlich angrenzenden Mischgebiet.

4. Maßnahmen zum Schutz gegen Verkehrslärm

Innerhalb der in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetztes sind die zur K 136 ausgerichteten Außenbauteile (Wand, Dach, Fenster, Tür) von schutzwürdigen Aufenthaltsräumen so auszuführen, dass sie den Anforderungen der in der Planzeichnung dargestellten Lärmpegelbereiche entsprechend der DIN 4109 genügen (gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB).

Die DIN Vorschriften liegen zur Einsicht bei der Gemeinde Wiefelstede aus.

Gemeinde Wiefelstede

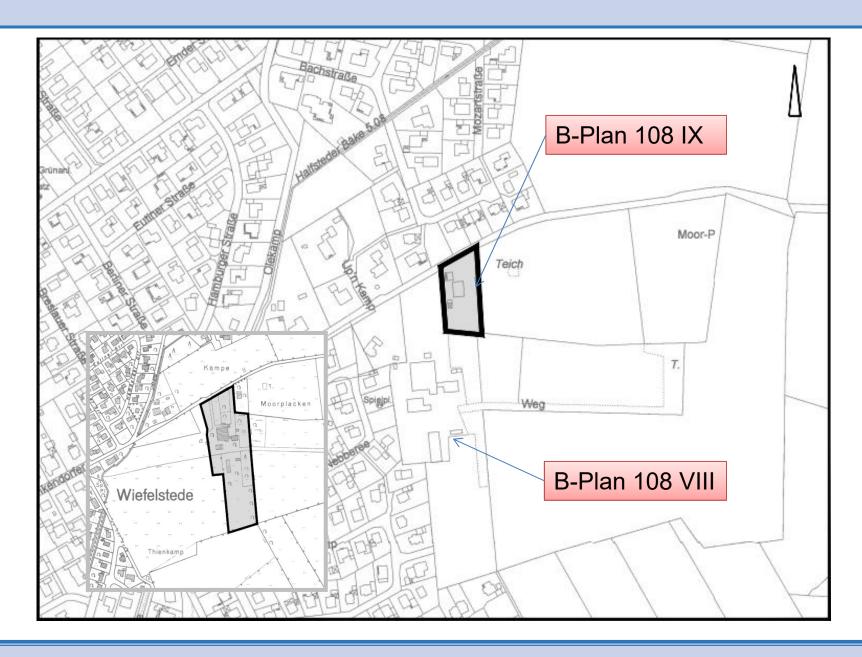
Bebauungsplanes Nr. 108 IX

Wiefelstede, Thienkamp Erweiterung

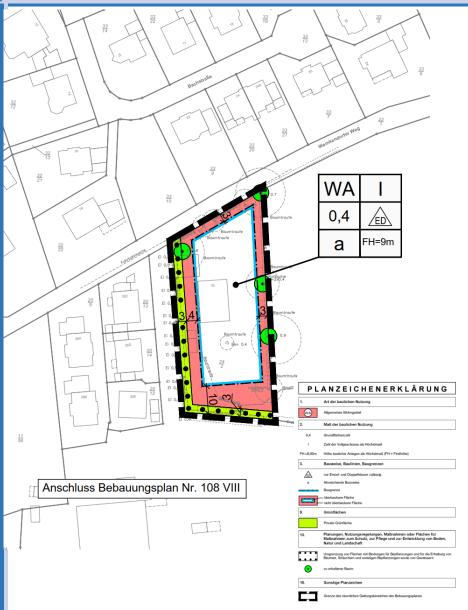
Gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren











1. Art der baulichen Nutzung

In dem Allgemeinen Wohngebiet WA 1 sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO nicht zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

Die Höhenbeschränkung der größten Firsthöhe FH beträgt im Allgemeinen Wohngebiet 9,0 m über der Oberkante der Fahrbahn des Wemkendorfer Wegs. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche. Die Firsthöhe wird definiert als die Höhenlage der oberen Dachbegrenzungslinie geneigter Dächer.

Die Traufhöhe, definiert als die Höhe der unteren waagerechten Begrenzung der Dachfläche, darf im Allgemeinen Wohngebiet WA höchstens 3,5 m betragen. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

3. Abweichende Bauweise

In der abweichenden Bauweise sind Gebäude zulässig wie in der offenen Bauweise, jedoch mit einer Längenbegrenzung von 18 m für ein Einzelhaus und von 12 m für eine Doppelhaushälfte. Garagen gemäß § 12 BauNVO und Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind auf die Gebäudelängen nicht anzurechnen.

4. Nicht überbaubare Grundstücksflächen

In den an die öffentlichen Verkehrsflächen (Wemkendorfer Weg) angrenzenden nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Garagen i. S. d. § 12 BauNVO und Nebenanlagen i. S. d. § 14 BauNVO unzulässig.

5. Oberkante Erdgeschossfußboden

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf 60 cm über Niveau der Mittelachse der jeweiligen Erschließungsstraße nicht überschreiten. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

6. Beschränkung der Anzahl der Wohneinheiten

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB sind je Wohngebäude maximal zwei Wohneinheiten zulässig.

7. Flächen für Bepflanzungen und für Gehölzerhalt

Innerhalb der gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Standorte mit Erhaltungsgebot für Einzelbäume und innerhalb der Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern sind der Graben und die vorhandenen Gehölze dauerhalt zu erhalten. Abgänge sind nachzupflanzen.

Baumarten für	Nachpflanzungen
Hainbuche	Carpinus betulus
Rotbuche	Fagus sylvatica
Stieleiche	Quercus robur

1. Dachform

Als Dachformen der Hauptgebäude sind nur Sattel-, Zelt-, Walm- oder Krüppelwalmdächer zulässig. Die Dachneigungswinkel müssen mindestens 28° und höchstens 47° betragen. Ausnahmsweise können auch Flachdächer oder flachgeneigte Dächer zugelassen werden.

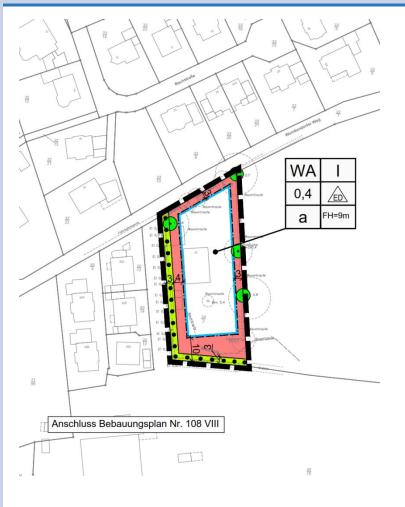
2. Einfriedungen

Als Einfriedungen zu den öffentlichen Verkehrsflächen sind nur Heckenpflanzungen aus Laubgehölzen (Feld-Ahorn, Buchsbaum, Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche, Liguster) oder Zäune in Kombination mit Schnitthecken zulässig.

3. Überdachte Stellplätze

Die äußeren vertikalen Bauteile von überdachten Stellplätzen sind mit Rankgewächsen zu begrünen.





Landkreis Ammerland

Ergänzung Vorrang
Trinkwassergewinnung
Festsetzungen redaktionell ergänzen
Hinweis zur Müllentsorgung
Verfahrensleiste ergänzen

EWE Netz, EWE Wasser

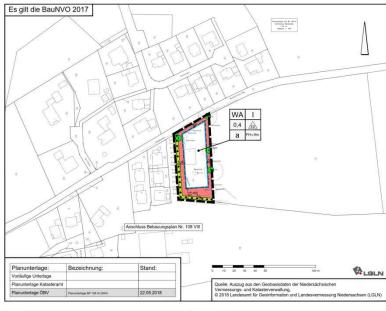
Hinweise zur Versorgung Keine Bedenken aus abfallwassertechnischer Sicht Schmutzwasserleitung vorhanden, Verlängerung erforderlich, Lage in Wasserschutzgebiet beachten

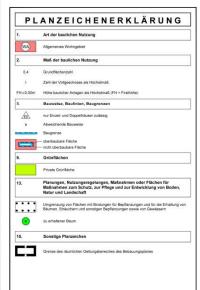
OOWV

Hinweise zur Versorgung, zur Löschwasserversorgung und zum Grundwasserschutz sowie Grundwassermessstellen



Präambel Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauCB) des § 84 der Niedersächs sichen Baucchung und des § 58 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Nedersächsischen Kommunaherbeissungsgeset hat der Rat der Gemende Weifelstede desem Bebauungspan Nr. 10 Br. Wielfelstede. Trenkenzung Erweiteurgf; bestehend aus der Planzeichung und den neberstehenden leistlichen Festetzungs obewieden nebenschehenden dirichten Bestetzunge sowie den nebensche direktung sich sowie der State der State (Bestatzung abstatzung beschossen). Verfahrensvermerke 0 2018 **A LGLN** Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von NWP Planungsgesellschaft mbH, Escherweg 1, 26121 Oldenburg. Aufstellungsbeschluss Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede hat in seiner Sitzung am ... die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 108 IX beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ... ordsüblich bekannt gemacht. Das Verfahren wird gemäß § 13 a Abs. 2 Ziffer 1 BauGB durchgefführt. Öffentliche Auslegung Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede hat in seiner Sitzung am dem Entwarf des Bebauungsplanes Nr. 108 IX und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Aus-legung gemäß § 3 Abz. 2 Bauc8b beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf der des Bebauungsplanes Nr. 108 IX mit der Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom bis gemäß vorliegenden umweltbezogenen Stellung § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Satzungsbeschluss Der Satzungsbeschluss der Gemeinde ist gemäß § 10 (3) BauGB am ortsüblich bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan Nr. 108 IX ist damit am in Kraft getreten. Verletzung von Vorschriften Innerhalb eines Jahres nach In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes Nr. 108 IX ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes Nr. 108 IX und der Begründung nicht gellend gemacht worden. Beglaubigungsvermerk Diese Ausfertigung der Planzeichnung stimmt mit der Urschrift überein. GEMEINDE WIEFELSTEDE





Textliche Festsetzungen

In dem allgemeinen Wohngebiet WA werden gernäß § 1 Abs. 6 BauNVO alle Ausnahmen gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

2. Maß der baulichen Nutzung

4. Nicht überbaubare Grundstücksflächen

In den an die öffentlichen Verkehrsflächen (Wemkendorfer Weg) angrenzenden nicht überbaubaren Grundsbücksflächen sind Garagen i. S. d. § 12 BauNVO und Nebenanlagen i. S. d. § 14 BauNVO und Nebenanlagen i. S. d.

. Oberkante Erdgeschossfußboden

Die Überkante des Entgeschossfußbodens darf 60 cm über Niveau der Mittelachse der jeweitigen Erschleungsstraße nicht überschreiten. Als Bezugspunst gilt der Schnitigunist der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Stellenerkenftälligen.

Beschränkung der Anzahl der Wohneinheiten

Flächen für Bepflanzungen und für Gehölzerhalt

Innerhalb der gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Standorte mit Erhaltungsgebot für Einzebäume und innerhalb der Flächen mit Bindungen für Begfanzungen und für die Erhaltung von Blaumen. Sithuchten und sonstigen Begfanzungen sowie von Gewässen sind der Graben und die vorhandenen Gehötze dauerhalf zu erhalten. Abglange sind nachzupflanzen.

Hinweise

Wasserschutzzone III A

Unmittelbar südlich an das B-Plan Gebiet angrenzend betreibt der OOWV zwei Grundwassermesstellen zur Überwachung des Grundwassers. Diese Messstellen dürfen im Rahmen der Erschliegung des Wohngebietes nicht beschädigt oder gar entfermt werden.

Örtliche Bauvorschriften

Als Dachformen der Hauptgebäude sind nur Sattel-, Zeit-, Waltin- oder Krüppelwahndäche zulässig. Die Dachneigungswinkel müssen mindetsens 28° und höchstens 47° befragen Ausnahmeweise können auch Flachdächer oder flachgeneige Dächer zugelassen werden.

Die äußeren vertikalen Bauteile von überdachten Stellplätzen sind mit Rankgewächsen zu begrünen.

Rechtsgrundlagen für diesen Bebauungsplan sind:

Raunesetzhuich (RauGR) in der Fassung der Rekonntmachung vom 03. November 2017 (RGR), LS. 3634).

Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 3. April 2012 (Nds. GVBI. Nr. 5/2012, S. 46), zulatzt geändert durch Gesetz vom 25. September 2017 (Nds. GVBI. S. 338) Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntnachung vom 21. November 2017 (BGBI: I.S. 3786)

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58), zuletzt geändert. durch Art. 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBI. I S. 1057)

Gemeinde Wiefelstede

Landkreis Ammerland

Bebauungsplan Nr. 108 IX "Wiefelstede, Thienkamp-Erweiterung"

mit örtlichen Bauvorschriften nach § 84 der Niedersächsischen Bauordnung im Verfahren gemäß § 13a BauGB



Endfassung

Eschenweg 1 Telefon 0441 97174 -0 26121 Oldenburg Telefax 0441 97174 -73

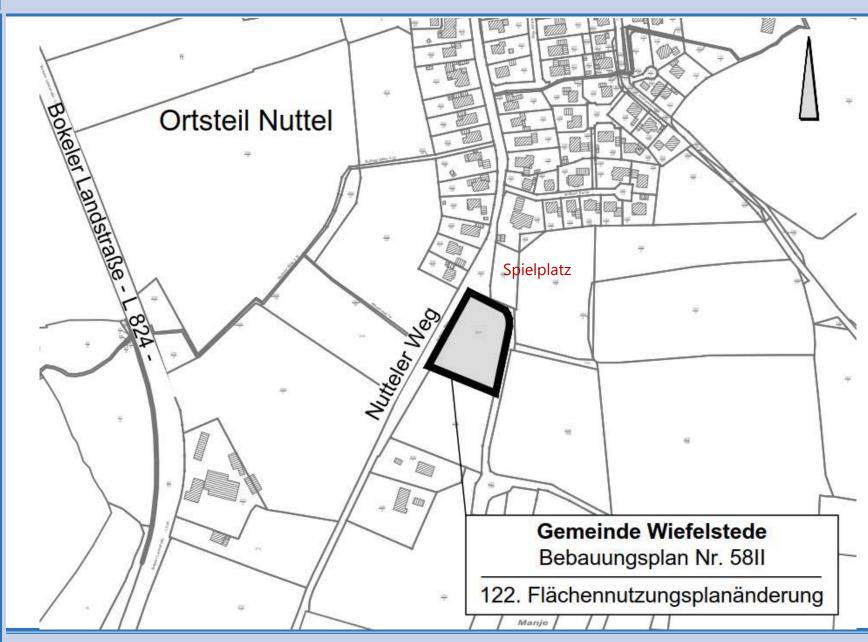


Gemeinde Wiefelstede

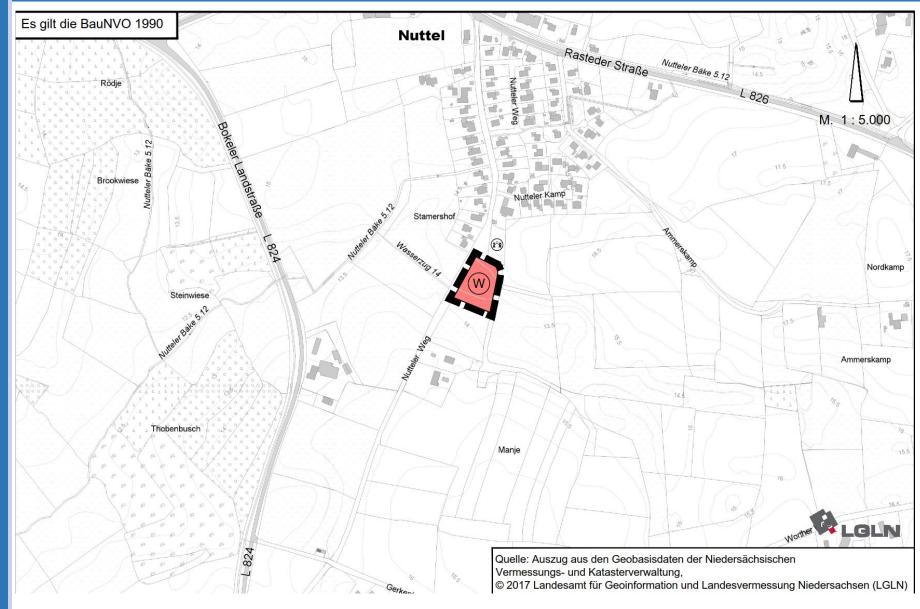
122. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 58 II

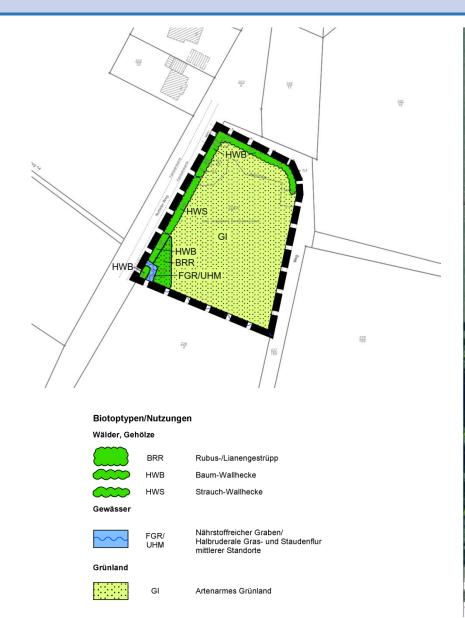
"Wiefelstede-Nuttel, Nutteler Weg- Erweiterung"



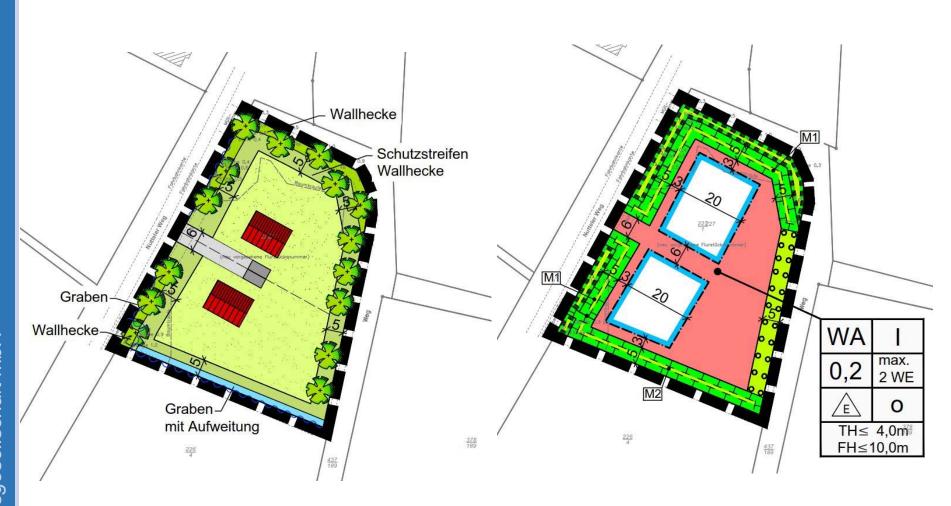














1. Art der baulichen Nutzung

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass im Allgemeinen Wohngebiet die folgenden Ausnahmen gemäß § 4 (3) der BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- Anlagen f
 ür Verwaltungen
- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen

2. Anzahl der Wohngebäude und Wohneinheiten

Die Anzahl der Wohneinheiten wird gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 6 BauGB auf zwei Wohnungen pro Wohngebäude begrenzt.

3. Gebäudehöhe

- (1) Gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird die Firsthöhe mit 10 m über der Oberkante der Erschließungsstraße (Nutteler Weg) des Baugrundstücks festgesetzt. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstücks mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche. Die Firsthöhe wird definiert als die Höhenlage der oberen Dachbegrenzungskante geneigter Dächer. Bei Zeltdächern gilt sinngemäß die Dachspitze.
- (2) Die Traufhöhe, definiert als die Höhe der unteren waagerechten Begrenzung der Dachfläche, wird mit 4 m festgesetzt. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstücks mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

4. Sockelhöhe

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf 60 cm über Niveau der Mittelachse der jeweiligen Erschließungsstraße (Nutteler Weg) nicht überschreiten. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstücks mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

5. Geschützte Wallhecken

Wallabschnitte mit fehlendem Gehölzbewuchs sind durch die Pflanzung und dauerhafte Erhaltung von Laubbäumen in einem Pflanzabstand von 5 m zu entwickeln. Für Nachpflanzungen geeignete Gehölze sind Stieleiche (*Quercus robur*) und Hainbuche (*Carpinus betulus*) sowie als kleine Bäume und Sträucher Feldahorn (*Acer campestre*), Hasel (*Corylus avellana*), Weißdorn (*Craetaegus monogyna*), Schlehe (*Prunus spinosa*), Eberesche (*Sorbus auscuparia*) und Hundsrose (*Rosa canina*). Zur Pflege und Entwicklung der gehölzfreien Bereiche am Fuß der Wallhecken sind bis zu zwei Mahden im Jahr zulässig.

6. Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

- (1) Innerhalb der mit M 1 gekennzeichneten Fläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind bauliche Anlagen im Sinne der §§ 12 und 14 BauNVO, jegliche Versiegelungen, Materialablagerungen (auch Kompost), Aufschüttungen und Abgrabungen sowie Auffüllungen und eine gärtnerische Nutzung unzulässig.
- (2) In der mit M 2 gekennzeichneten privaten Grünfläche ist ein naturnaher Graben zur Rückhaltung von Oberflächenwasser herzustellen.

7. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

- 1) Innerhalb der in der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gekennzeichneten Flächen ist eine freiwachsende Laubgehölzhecke anzulegen. Die Bepflanzung ist aus heimischen Laubgehölzen nachstehender Pflanzliste, zweireihig, in einem Pflanz- und Reihenabstand von 1,3 m, versetzt zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.
- (2) Pro 200 qm neu versiegelte Grundstücksfläche ist auf den Baugrundstücken gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB ein standortgerechter Laubbaum oder Obstbaum zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Es sind Hochstämme mit einem Stammumfang von mindestens 10 12 cm zu verwenden. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Pflanzliste - Folgende Arten sind geeignet:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Wuchsform	
Eberesche	Sorbus aucuparia	Baum	
Faulbaum	Frangula alnus	Strauch	
Feldahorn	Acer campestre	Baum/Strauch	
Hainbuche	Carpinus betulus	Baum	
Hasel	Corylus avellana	Strauch	
Heckenkirsche	Lonicera periclymenum	Strauch	
Hundsrose	Rosa canina	Strauch	
Mehlbeere	Sorbus intermedia	Baum	
Schlehe	Prunus spinosa	Strauch	
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra	Strauch	
Stieleiche	Quercus robur	Baum	
Weißdorn	Crataegus monogyna, C. laevigata	Strauch	

1. Dachform/ Dachneigung

Als Dachform sind nur Sattel-, Walm-, Krüppelwalm und Zeltdächer zulässig. Die Dachneigungswinkel müssen wenigstens 30° und höchstens 50° betragen. Ausnahmsweisen können für Garagen und Nebengebäude Flachdächer zugelassen werden.

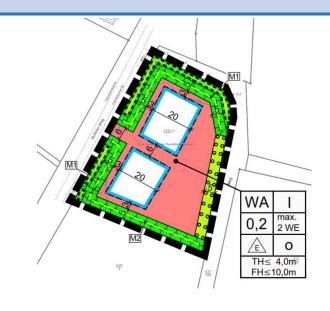
2. Einfriedungen

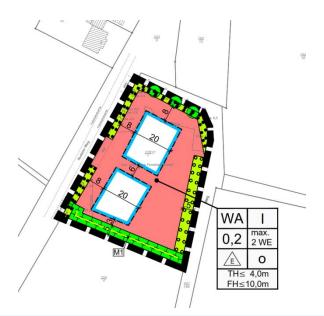
Als Einfriedungen sind nur Heckenpflanzungen aus standortgerechten Gehölzen (Feldahorn, Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche, Liguster) oder Zäune in Kombination mit Schnitthecken zulässig. Die Zaunhöhe darf die Entwicklungshöhe der Schnitthecken nicht übersteigen.

Überdachte Stellplätze

Die äußeren, vertikalen Bauteile von überdachten Stellplätzen sind mit Rankgewächsen zu begrünen.







Landkreis Ammerland

Wallhecke – Schutzstreifen nicht durchsetzbar

Erhalt von drei Eichen - Wallhecke und Eichen zur Erhaltung

festgesetzt + Kompensation

Bilanzierung - wird angepasst

Redaktionell – Ergänzung Vorrang Trinkwasser (RROP)

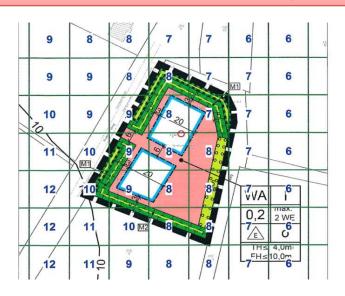
ÖPNV-Versorgung, Telekommunikation

Geruchsimmissionen – Gutachten von

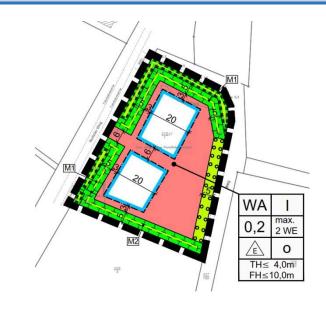
Landwirtschaftskammer, Girl-Werte werden eingehalten

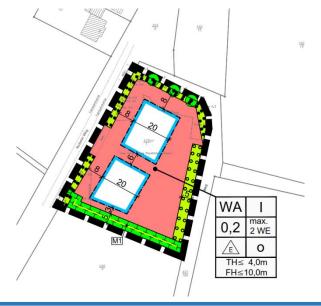
Landwirtschaftskammer

Gutachten für drei Hofstellen + Erweiterung für einen Betrieb









EWE Wasser

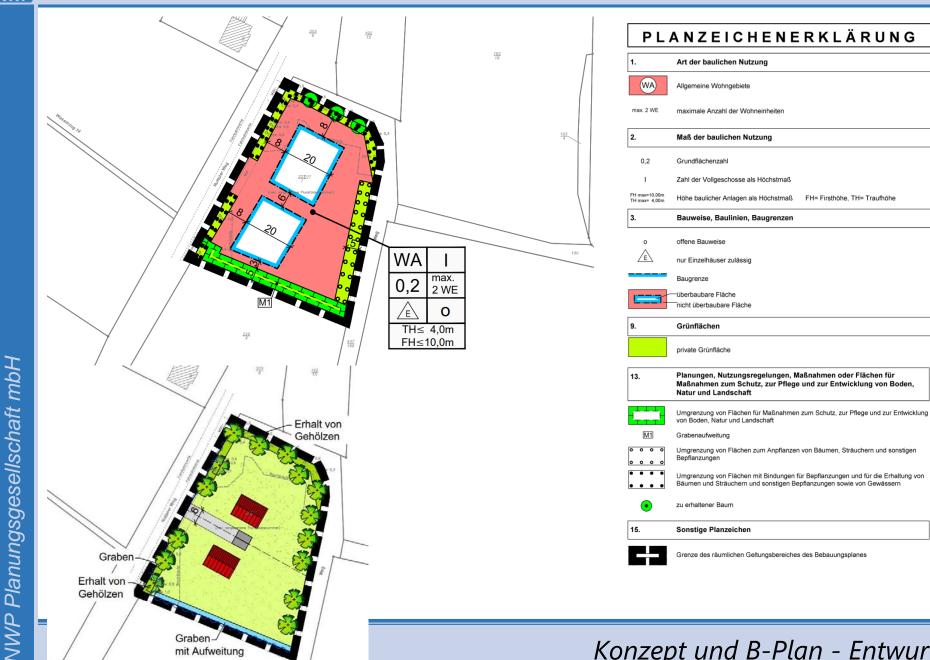
Keine Einwände, Schmutzwasserkanal verlängern oder Druckrohrleitung mit Kleinpumpwerk

Hinweise -

VBN – ÖPNV-Versorgung
EWE Netz, Vodafone, Telekom - Versorgung
OOWV- Trinkwasserversorgung, Löschwasserversorgung,
Grundwasserschutz
LGLN (Kampfmittel),
Nds. Landesamt für Denkmalpflege (Bodenfunde)

Private Einwender

Telefonversorgung – Netze werden regelmäßig weiterentwickelt



mit Aufweitung

Konzept und B-Plan - Entwurf



Textliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass im Allgemeinen Wohngebiet die folgenden Ausnahmen gemäß § 4 (3) der BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- Anlagen für Verwaltungen
- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen

2. Anzahl der Wohngebäude und Wohneinheiten

Die Anzahl der Wohneinheiten wird gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 6 BauGB auf zwei Wohnungen pro Wohngebäude begrenzt.

3. Gebäudehöhe

- (1) Gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird die Firsthöhe mit 10 m über der Oberkante der Erschließungsstraße (Nutteler Weg) des Baugrundstücks festgesetzt. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstücks mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche. Die Firsthöhe wird definiert als die Höhenlage der oberen Dachbegrenzungskante geneigter Dächer. Bei Zeltdächern gilt sinngemäß die Dachspitze.
- (2) Die Traufhöhe, definiert als die Höhe der unteren waagerechten Begrenzung der Dachfläche, wird mit 4 m festgesetzt. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstücks mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

4. Sockelhöhe

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf 60 cm über Niveau der Mittelachse der jeweiligen Erschließungsstraße (Nutteler Weg) nicht überschreiten. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstücks mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

In der mit M 1 gekennzeichneten privaten Grünfläche ist ein naturnaher Graben zur Rückhaltung von Oberflächenwasser herzustellen.

6. Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

Innerhalb der in der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 25 b BauGB zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern gekennzeichneten Flächen sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten und bei Abgang entsprechend nachfolgender Gehölzliste zu ersetzen. Pflegemaßnahmen sind zulässig.

7. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

- (1) Innerhalb der in der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gekennzeichneten Flächen ist eine freiwachsende Laubgehölzhecke anzulegen. Die Bepflanzung ist aus heimischen Laubgehölzen nachstehender Pflanzliste, dreireihig, in einem Pflanz- und Reihenabstand von 1,3 m, versetzt zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.
- (2) Pro 200 qm neu versiegelte Grundstücksfläche ist auf den Baugrundstücken gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB ein standortgerechter Laubbaum oder Obstbaum zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Es sind Hochstämme mit einem Stammumfang von mindestens 10 12 cm zu verwenden. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Pflanzliste - Folgende Arten sind geeignet:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Wuchsform
Eberesche	Sorbus aucuparia	Baum
Faulbaum	Frangula alnus	Strauch
Feldahorn	Acer campestre	Baum/Strauch
Hainbuche	Carpinus betulus	Baum
Hasel	Corylus avellana	Strauch
Heckenkirsche	Lonicera periclymenum	Strauch
Hundsrose	Rosa canina	Strauch
Mehlbeere	Sorbus intermedia	Baum
Schlehe	Prunus spinosa	Strauch
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra	Strauch
Stieleiche	Quercus robur	Baum
Weißdorn	Crataegus monogyna, C. laevigata	Strauch

Örtliche Bauvorschriften

1. Dachform/ Dachneigung

Als Dachform sind nur Sattel-, Walm-, Krüppelwalm und Zeltdächer zulässig. Die Dachneigungswinkel müssen wenigstens 30° und höchstens 50° betragen. Ausnahmsweisen können für Garagen und Nebengebäude Flachdächer zugelassen werden.

2. Einfriedungen

Als Einfriedungen sind nur Heckenpflanzungen aus standortgerechten Gehölzen (Feldahorn, Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche, Liguster) oder Zäune in Kombination mit Schnitthecken zulässig. Die Zaunhöhe darf die Entwicklungshöhe der Schnitthecken nicht übersteigen.

3. Überdachte Stellplätze

Die äußeren, vertikalen Bauteile von überdachten Stellplätzen sind mit Rankgewächsen zu begrünen.

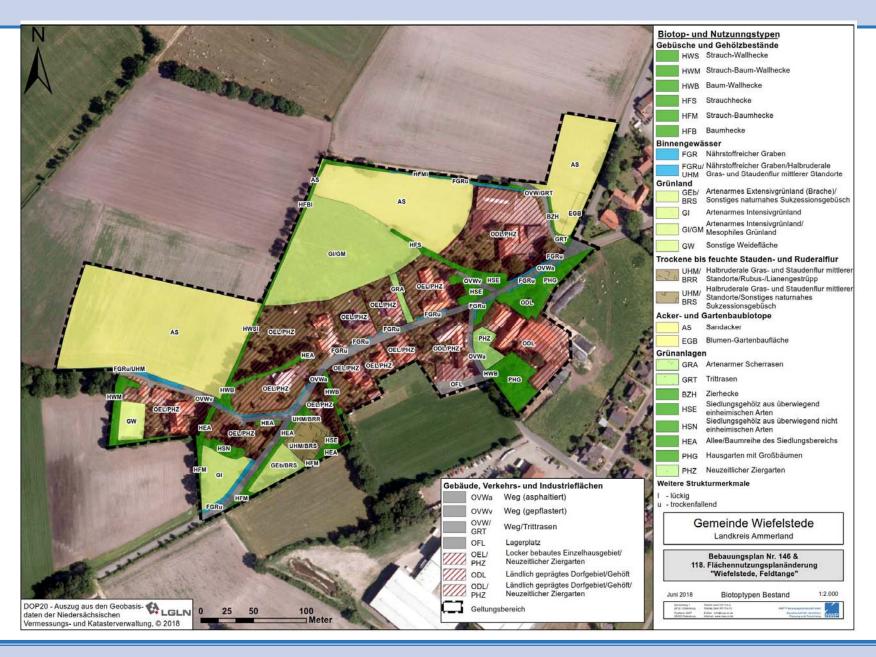
Gemeinde Wiefelstede

Bebauungsplan Nr. 146

Wiefelstede, Feldtange

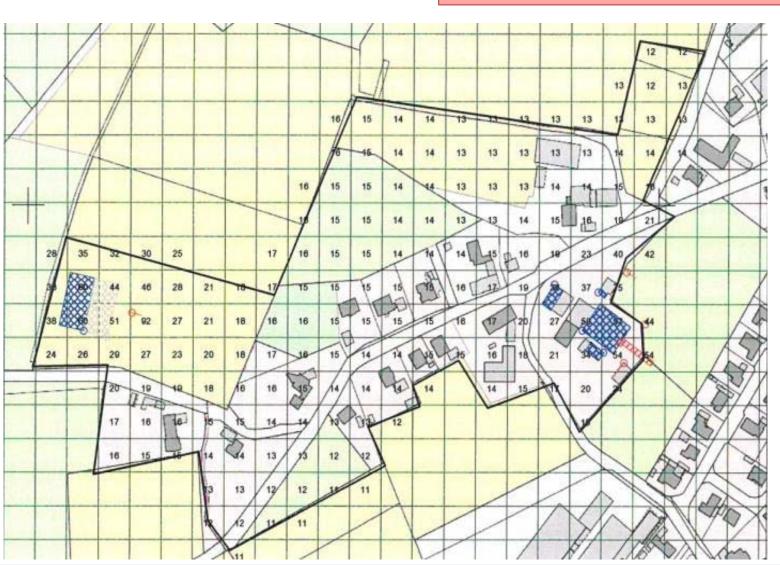
und 118. FNP-Änderung





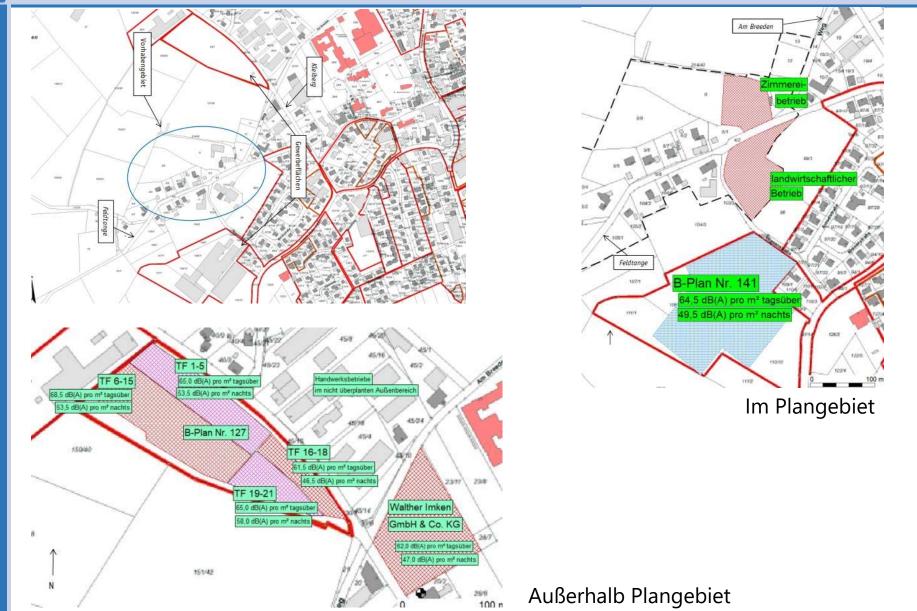


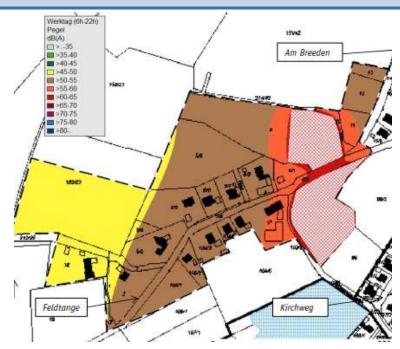
Richtwerte für MD (15) werden in den relevanten Bereichen eingehalten, geringe Überschreitungen im Bestand sind tolerierbar





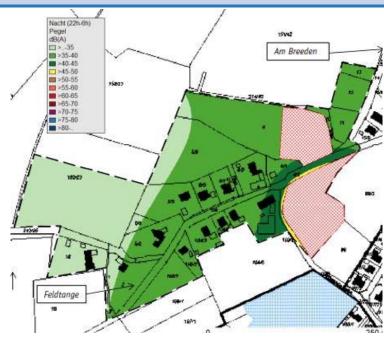
Untersuchungsbereiche Gewerbelärm und Verkehrslärm



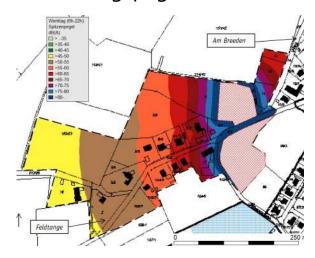


Beurteilungspegel tags

Richtwerte nach TA-Lärm 60/45 für MD werden im Bereich der schutzwürdigen Bebauung eingehalten, auch Spitzenpegel halten die Werte ein



Beurteilungspegel nachts



Spitzenpegel

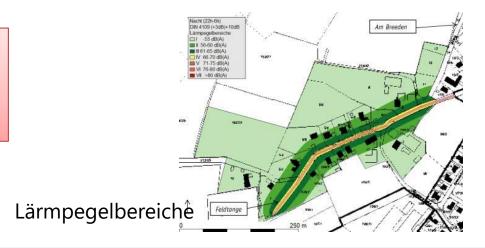


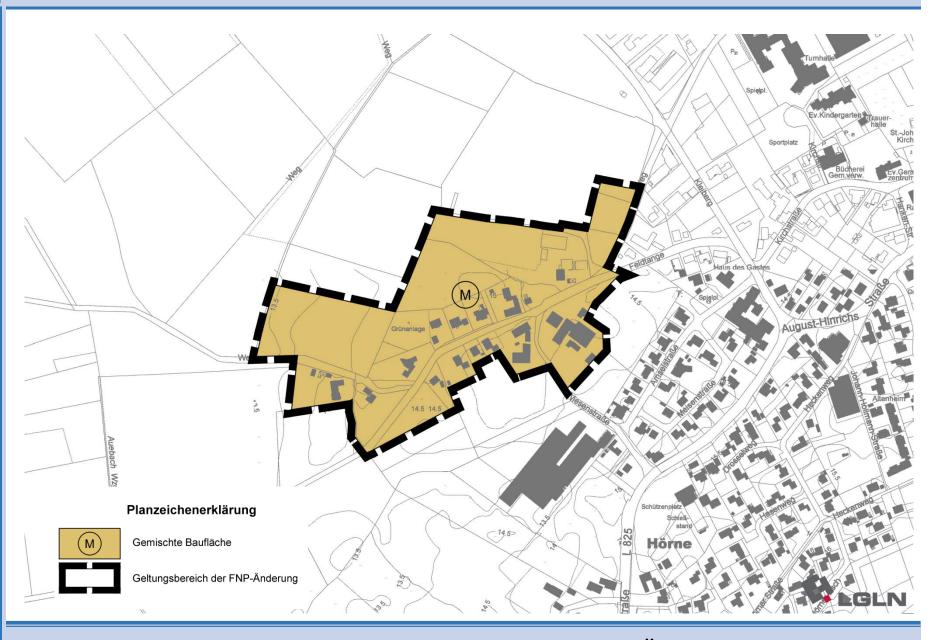
Beurteilungspegel tags

Orientierungswerte 60/50 für MD werden unterschritten – Empfehlung Schallschutzmaßnahmen – insbesondere für die Nachtruhe

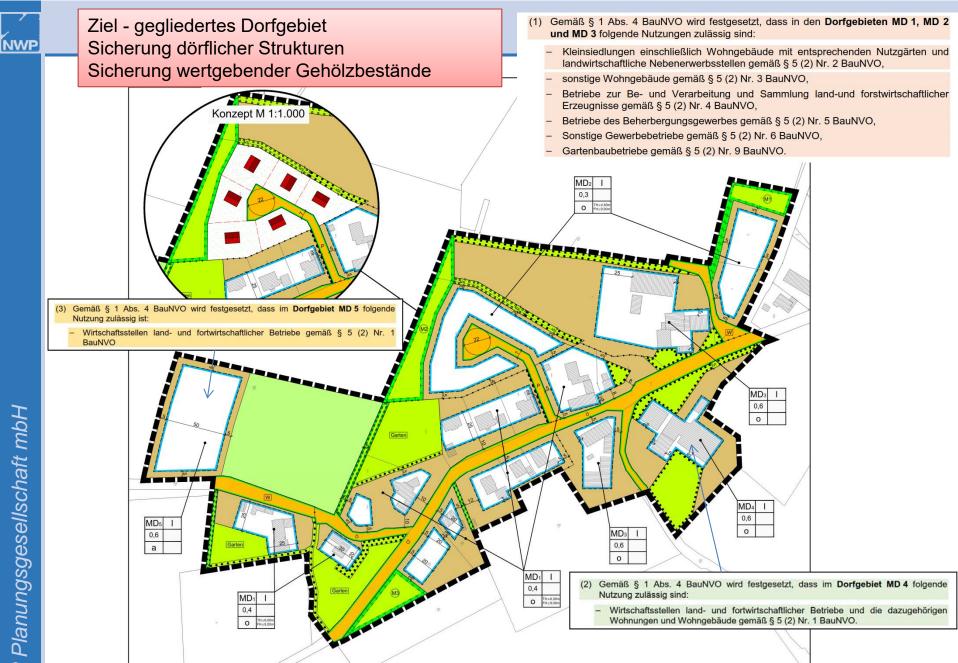


Beurteilungspegel nachts





118. FNP-Änderung - Vorentwurf





Gliederung der zulässigen Nutzungen im Dorfgebiet

1. Dorfgebiete

- (1) Gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO wird festgesetzt, dass in den Dorfgebieten MD 1, MD 2 und MD 3 folgende Nutzungen zulässig sind:
 - Kleinsiedlungen einschließlich Wohngebäude mit entsprechenden Nutzgärten und landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen gemäß § 5 (2) Nr. 2 BauNVO,
 - sonstige Wohngebäude gemäß § 5 (2) Nr. 3 BauNVO,
 - Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land-und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse gemäß § 5 (2) Nr. 4 BauNVO,
 - Betriebe des Beherbergungsgewerbes gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauNVO,
 - Sonstige Gewerbebetriebe gemäß § 5 (2) Nr. 6 BauNVO,
 - Gartenbaubetriebe gemäß § 5 (2) Nr. 9 BauNVO.
- (2) Gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO wird festgesetzt, dass im **Dorfgebiet MD 4** folgende Nutzung zulässig sind:
 - Wirtschaftsstellen land- und fortwirtschaftlicher Betriebe und die dazugehörigen Wohnungen und Wohngebäude gemäß § 5 (2) Nr. 1 BauNVO.
- (3) Gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO wird festgesetzt, dass im Dorfgebiet MD 5 folgende Nutzung zulässig ist:
 - Wirtschaftsstellen land- und fortwirtschaftlicher Betriebe gemäß § 5 (2) Nr. 1 BauNVO
- (4) Gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO wird festgesetzt, dass den Dorfgebieten folgende Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:
 - Tankstellen gemäß § 5 (2) Nr. 9 BauNVO
 - Vergnügungsstätten gemäß § 5 (3) BauNVO

Sicherung der dörflichen baulichen Strukturen

2. Mindestgrundstücksgrößen

Die Größe der Baugrundstücke darf 900 gm nicht unterschreiten.

3. Anzahl der Wohngebäude in Wohngebäuden

Die Anzahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden wird gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 6 BauGB auf zwei Wohnungen pro Wohngebäude begrenzt.

Gebäudehöhen

Gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird die Firsthöhe in den Dorfgebieten MD 1 und MD 2 auf 9 m begrenzt.

Gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird die Traufhöhe im Dorfgebiet MD 1 auf 6,0 m und im Dorfgebiet MD 2 auf 4,50 m begrenzt:

Unterer Bezugspunkt für die Traufhöhe und Gebäudehöhe ist die Oberkante Erschließungsstraßenmitte (nächstliegender Punkt zum Gebäude). Der obere Bezugspunkt für die Firsthöhe ist der oberste Punkt des Daches (gemessen in Fassadenmitte). Der oberste Punkt der Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Außenwand mit der traufseitigen Dachfläche.

5. Abweichende Bauweise

In der abweichende Bauweise gilt die offene Bauweise mit der Abweichung, dass die Gebäude eine Länge von 50 m überschreiten dürfen.

6. Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen

Garagen und überdachte Stellplätze gemäß § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind im Dorfgebiet MD 2 nur innerhalb der überbaubaren Fläche zulässig.



Sicherung der Grünstrukturen und Kompensationsmaßnahmen

7. Grünorderische Maßnahmen

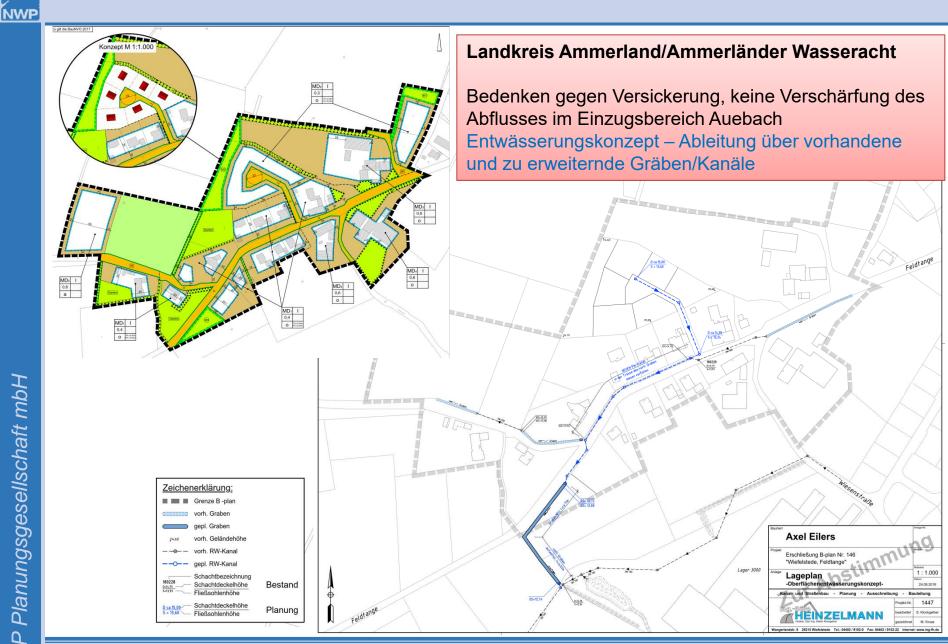
- (1) Innerhalb der in der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gekennzeichneten Bereich ist eine Bepflanzung aus heimischen Laubgehölzen anzulegen. Auf dem 5 m breiten Pflanzstreifen ist eine 3-reihige Gehölzpflanzung aus standortgerechten, heimischen Gehölzen (siehe nachfolgende Gehölzauswahl in Tabelle 2) anzulegen. Die Gehölze sind lochversetzt zu pflanzen, in einem Pflanz- und Reihenabstand von 1,3 m. Bäume sind in Pflanzabständen von 10 m zu pflanzen. Die Hecke ist dauerhaft zu erhalten; Abgänge sind durch Nachpflanzungen zu ersetzen.
- (2) Pro 200 qm neu versiegelte Grundstücksfläche ist auf den Baugrundstücken in den Dorfgebieten MD 1 und MD 2 gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB ein standortgerechter Laubbaum oder Obstbaum zu pflanzen. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.
- (3) Innerhalb der in der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gekennzeichneten Flächen sind folgende Maßnahmen umzusetzen:
 - Entwicklung von Extensivgrünland (kein Umbruch mit Neusaat, kein Walzen bzw. Schleppen vor dem 15. Juli bzw. nach dem 28 Februar, kein Einsatz von Pflanzenund Schädlingsbekämpfungsmitteln, kein Aufbringen von Gülle, Jauche, Mineraloder sonstigen Düngemitteln (erlaubt sind max. 5 t Rindermist pro ha und Jahr), bei
 Wiesennutzung Mahd der Krautschicht nach dem 15. Juni eines Jahres, vollständige
 Abfuhr des Mähgutes).
 - Anpflanzung von standortgerechten, heimischen Obstbäumen (vorzugsweise alte Obstsorten, s. nachfolgende Pflanzliste) als Hochstämme in einem Pflanzabstand von 10-12 m. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Obstgehölzauswahl

Apfelsorten	Birnen	Pflaumen/Zwetschgen
Boikenapfel	Gellerts Butterbirne	Hauszwetschge
Boskoop	Gräfin Paris	Borsumer
Dülmener Rosenapfel	Gute Graue	Wangenheimer
Graham Jubiläumsapfel	Holländische Zuckerbirne	The Czar
Gelber Münsterländer	Honigbirne	Nancymirabelle
Gestreifte Winterrenette	Nordhäuser Winterforelle	Reneclode
Jakob Label	Speckbirne	
Roter Vorsdorfer		Süßkirschen
Schöner aus Herrenhut		Oktavia
Schäner aus Bühren		Regina
Westfälischer Gulderling		Hedelfinger Riesenkirsche
Wildeshauser Renette		Kassins Frühe

Pflanzliste - Auswahl standortgerechter, heimischer Gehölze.

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Wuchsform
Eberesche	Sorbus aucuparia	Baum
Faulbaum	Frangula alnus	Strauch
Feldahorn	Acer campestre	Baum/Strauch
Hainbuche	Carpinus betulus	Baum
Hasel	Corylus avellana	Strauch
Heckenkirsche	Lonicera periclymenum	Strauch
Hundsrose	Rosa canina	Strauch
Rotbuche	Fagus sylvatica	Baum
Schlehe	Prunus spinosa	Strauch
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra	Strauch
Stieleiche	Quercus robur	Baum
Weißdorn	Crataegus monogyna, C. laevigata	Strauch



Ergebnisse der frühzeitige Beteiligung





Landkreis Ammerland

Bilanzierung anpassen – Überarbeitung aufgrund neuer Flächengrößen

Wallhecken - werden nachrichtlich übernommen, auch zwischen Nr. 17 und 19

Konkretisierung und Sicherung grünordnerischer Maßnahmen – Festsetzungen und privatrechtlich

Erschließung und Abfallentsorgung westlicher Weg – private Verkehrsfläche, ggf. Tonnenstellplätze

Lärmschutzmaßnahmen – Festsetzung vorsorglich

Mindestgrundstücksgrenze – 900 qm auch in MD 2

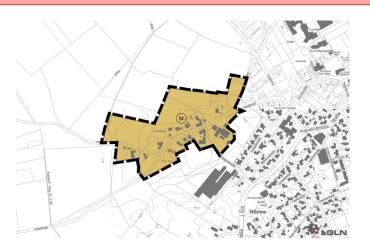
Redaktionelle Ergänzungen – Raumordnung, ÖPNV, Festsetzungen, Planzeichnung, Telekommunikation

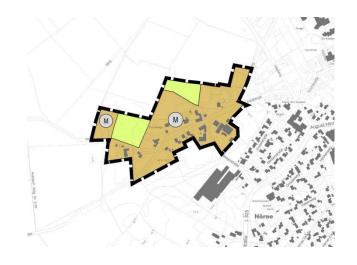




Landkreis Ammerland

FNP-Änderung – wird mit B-Plan abgestimmt





Ergebnisse der frühzeitige Beteiligung





Landwirtschaftskammer

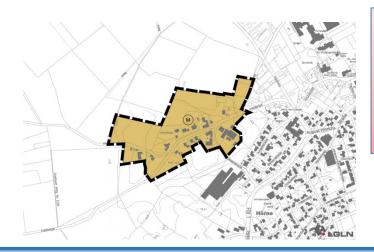
Keine Bedenken aus landwirtschaftlicher und geruchstechnischer Sicht Abstimmung mit Kompensation – Ökokonto Horstbüsche

EWE Netz, EWE Wasser

Hinweise zur Versorgung Keine Bedenken aus abfallwassertechnischer Sicht Schmutzwasserkanal vorhanden, Lage in Wasserschutzgebiet beachten

OOWV

Hinweise zur Versorgung, zur Löschwasserversorgung und zum Grundwasserschutz sowie Grundwassermessstellen



Hinweise

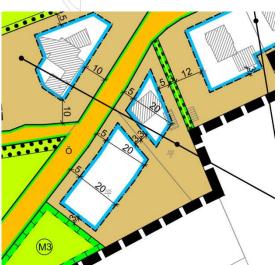
VBN – ÖPNV-Versorgung
Gascade und PLEdoc – Abstimmung Kompensation
LGLN - Kampfmittelerforschung
Nds Landesamt Denkmalpflege - Bodenfunde
LEPG- Hinweise zum Boden (keine Erdfallgefahr)

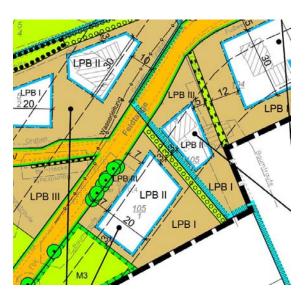




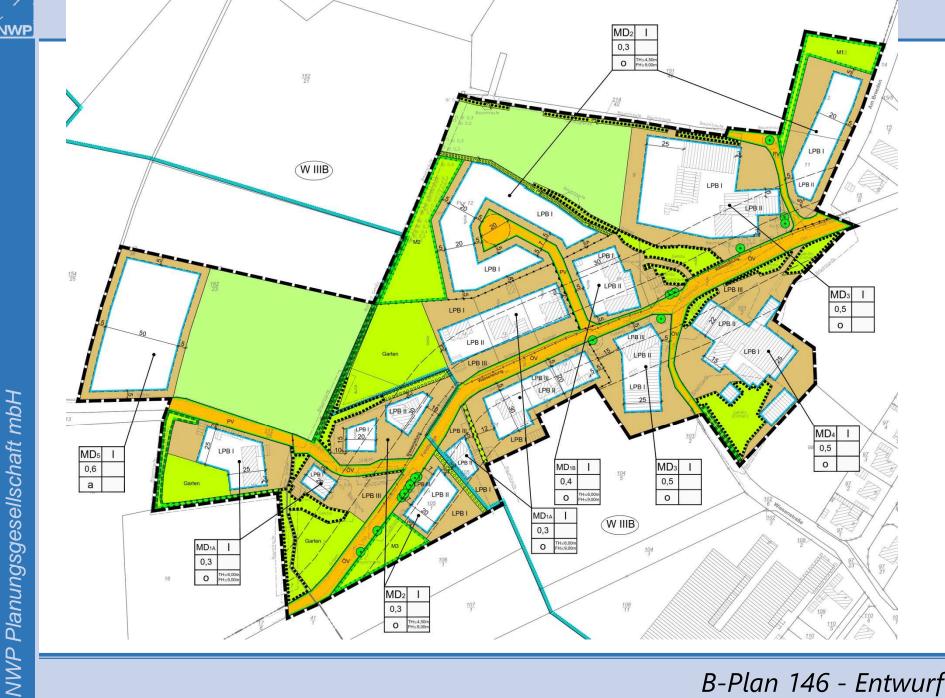
Private Stellungnahme

Abstand zur Neubaufläche – wurde vergrößert Hinweise zur Entwässerung – Nachweis im Konzept









B-Plan 146 - Entwurf





1. Dorfgebiete

- (1) Gemäß § 1 (4) BauNVO wird festgesetzt, dass in den Dorfgebieten MD 1 A/B und MD 2 und MD 3 nur folgende Nutzungen zulässig sind:
 - Kleinsiedlungen einschließlich Wohngebäuden mit entsprechenden Nutzgärten und landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen gemäß § 5 (2) Nr. 2 BauNVO,
 - sonstige Wohngebäude gemäß § 5 (2) Nr. 3 BauNVO.
 - Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse gemäß § 5 (2) Nr. 4 BauNVO,
 - Betriebe des Beherbergungsgewerbes gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauNVO.
 - Sonstige Gewerbebetriebe gemäß § 5 (2) Nr. 6 BauNVO,
 - Gartenbaubetriebe gemäß § 5 (2) Nr. 8 BauNVO.
- (2) Gemäß § 1 (4) BauNVO wird festgesetzt, dass im Dorfgebiet MD 4 folgende Nutzungen zulässig sind:
 - Wirtschaftsstellen land- und fortwirtschaftlicher Betriebe und die dazugehörigen Wohnungen und Wohngebäude gemäß § 5 (2) Nr. 1 BauNVO.
- (3) Gemäß § 1 (4) BauNVO wird festgesetzt, dass im Dorfgebiet MD 5 folgende Nutzungen zulässig sind:
 - Wirtschaftsstellen land- und fortwirtschaftlicher Betriebe gemäß § 5 (2) Nr. 1 BauNVO
- (4) Gemäß § 1 (5) BauNVO wird festgesetzt, dass den Dorfgebieten folgende Nutzungen nicht zulässig sind:
 - Anlagen für örtliche Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke gemäß § 5 (2) Nr. 7 BauNVO
 - Tankstellen gemäß § 5 (2) Nr. 9 BauNVO
- (5) Gemäß § 1 (6) BauNVO wird festgesetzt, dass den Dorfgebieten folgende Ausnahmen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:
 - Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 gemäß § 5 (3) BauNVO

2. Mindestarundstücksgrößen

Die Größe der Baugrundstücke darf 900 gm nicht unterschreiten.

Anzahl der Wohngebäude in Wohngebäuden

Die Anzahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden wird gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 6 BauGB auf zwei Wohnungen pro Wohngebäude begrenzt.

4. Gebäudehöhen

Gemäß § 16 (3) Nr. 2 BauNVO wird die Firsthöhe in den Dorfgebieten MD 1 und MD 2 auf 9 m begrenzt.

Gemäß § 16 (3) Nr. 2 BauNVO wird die Traufhöhe im Dorfgebiet MD 1 A/B auf 6,0 m und im Dorfgebiet MD 2 auf 4,50 m begrenzt.

Unterer Bezugspunkt für die Traufhöhe und Firsthöhe ist die Oberkante Erschließungsstraßenmitte (nächstliegender Punkt zum Gebäude). Der obere Bezugspunkt für die Firsthöhe ist der oberste Punkt des Daches (gemessen in Fassadenmitte). Der oberste Punkt der Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Außenwand mit der traufseitigen Dachfläche.

5. Abweichende Bauweise

In der abweichenden Bauweise gilt die offene Bauweise mit der Abweichung, dass die Gebäude eine Länge von 50 m überschreiten dürfen.

6. Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen

Garagen und überdachte Stellplätze gemäß § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind im Dorfgebiet MD 2 nur innerhalb der überbaubaren Fläche zulässig.

7. Grünordnerische Maßnahmen

- (1) Innerhalb des in der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gekennzeichneten Bereichs ist eine Bepflanzung aus heimischen Laubgehölzen anzulegen. Auf den 3 m bzw. 5 m breiten Pflanzstreifen ist eine 2-reihige bzw. 3-reihige Gehölzpflanzung aus standortgerechten, heimischen Gehölzen (siehe nachfolgende Gehölzauswahl in Tabelle 2) anzulegen. Die Gehölze sind lochversetzt in einem Pflanzabstand von 1,3 m und einem Reihenabstand von 1,5 m bzw. 1,3 m zu pflanzen. Bäume sind in Pflanzabständen von 10 m zu pflanzen. Die Hecken sind dauerhaft zu erhalten; Abgänge sind durch Nachpflanzungen zu ersetzen.
- (2) Pro 200 qm neu versiegelte Grundstücksfläche ist auf den Baugrundstücken in den Dorfgebieten MD 1 A/B und MD 2 gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB ein standortgerechter Laubbaum oder Obstbaum zu pflanzen. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.
- (3) Innerhalb der in der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gekennzeichneten Flächen M1, M2 und M3 sind folgende Maßnahmen umzusetzen:
 - Entwicklung von Extensivgrünland (kein Umbruch mit Neusaat, kein Walzen bzw. Schleppen vor dem 15. Juli bzw. nach dem 28 Februar, kein Einsatz von Pflanzen- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, kein Aufbringen von Gülle, Jauche, Mineral- oder sonstigen Düngemitteln (erlaubt sind max. 5 t Rindermist pro ha und Jahr), bei Wiesennutzung Mahd der Krautschicht nach dem 15. Juni eines Jahres, vollständige Abfuhr des Mähautes).
 - Anpflanzung von standortgerechten, heimischen Obstbäumen (vorzugsweise alte Obstsorten, s. nachfolgende Pflanzliste) als Hochstämme in einem Pflanzabstand von 10-12 m. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Apfelsorten	Birnen	Pflaumen/Zwetschgen
Boikenapfel	Gellerts Butterbirne	Hauszwetschge
Boskoop	Gräfin Paris	Borsumer
Dülmener Rosenapfel	Gute Graue	Wangenheimer
Graham Jubiläumsapfel	Holländische Zuckerbirne	The Czar
Gelber Münsterländer	Honigbirne	Nancymirabelle
Gestreifte Winterrenette Jakob Label	Nordhäuser Winterforelle Speckbirne	Reneclode
Roter Vorsdorfer		Süßkirschen
Schöner aus Herrenhut		Oktavia
Schäner aus Bühren		Regina
Westfälischer Gulderling		Hedelfinger Riesenkirsche
Wildeshauser Renette		Kassins Frühe

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Wuchsform
Eberesche	Sorbus aucuparia	Baum
Faulbaum	Frangula alnus	Strauch
Feldahorn	Acer campestre	Baum/Strauch
Hainbuche	Carpinus betulus	Baum
Hasel	Corylus avellana	Strauch
Heckenkirsche	Lonicera periclymenum	Strauch
Hundsrose	Rosa canina	Strauch
Rotbuche	Fagus sylvatica	Baum
Schlehe	Prunus spinosa	Strauch
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra	Strauch
Stieleiche	Quercus robur	Baum
Weißdorn	Crataegus monogyna, C. laevigata	Strauch



8. Vorkehrungen zum Schutz gegen Verkehrslärm

(1) In den gekennzeichneten Lärmpegelbereichen I, II und III sind für Neubauten bzw. genehmigungspflichtige bauliche Änderungen von schutzbedürftigen Räumen gemäß DIN 4109-1 (z.B. Wohn-, Schlaf- und Büroräume) die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf. R'W,ges) durch die Außenbauteile (Wandanteil, Fenster, Lüftung, Dächer etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich	Aufenthaltsräume von Wohnungen u. ä.	Büroräume u. ä.
l I	erf. R' _w ,ges = 30 dB	8.55
II	erf. R' _w ,ges = 30 dB	erf. R'w,ges = 30 dB
III	erf. R' _w ,ges = 35 dB	erf. R'w,ges = 30 dB

Die Berechnung der konkreten Schalldämmwerte erfolgt im Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung der aktuellen DIN 4109-1 und -2. Die aufgeführten bewerteten, resultierenden Luftschalldämm-Maße dürfen vom Luftschalldämm-Maß der gesamten Außenbauteile eines schutzbedürftigen Raumes nach DIN 4109-1 nicht unterschritten werden.

(2) Um sicherzustellen, dass in sämtlichen (zukünftigen) Schlafräumen im Plangebiet ein Innenpegel von < 30 dB(A) für einen ruhigen Schlaf gewährleistet wird, sind je nach Lärmpegelbereich schallgedämmte Lüftungsanlagen zu installieren. Die Ausführungen zur Wahrung der erforderlichen Gesamtschalldämm-Maße sind in der Detailplanung auf Basis der Vorgaben der DIN 4109-1 und -2 zu berücksichtigen.

118. FNP-Änderung - Entwurf

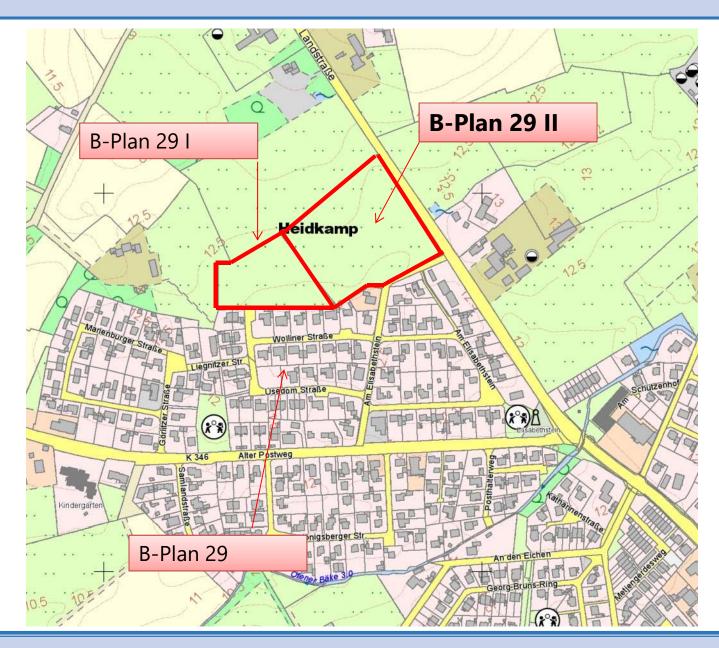
Gemeinde Wiefelstede

Bebauungsplan Nr. 29 II

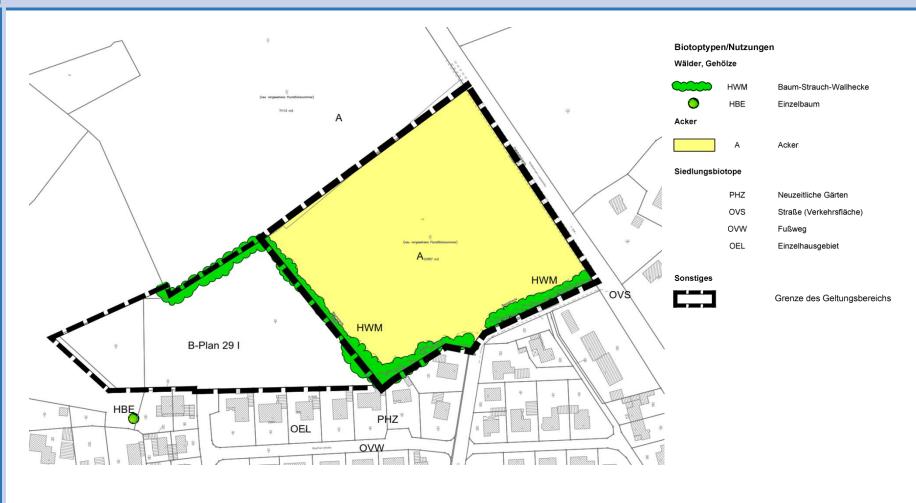
"Heidkamp-Nord"

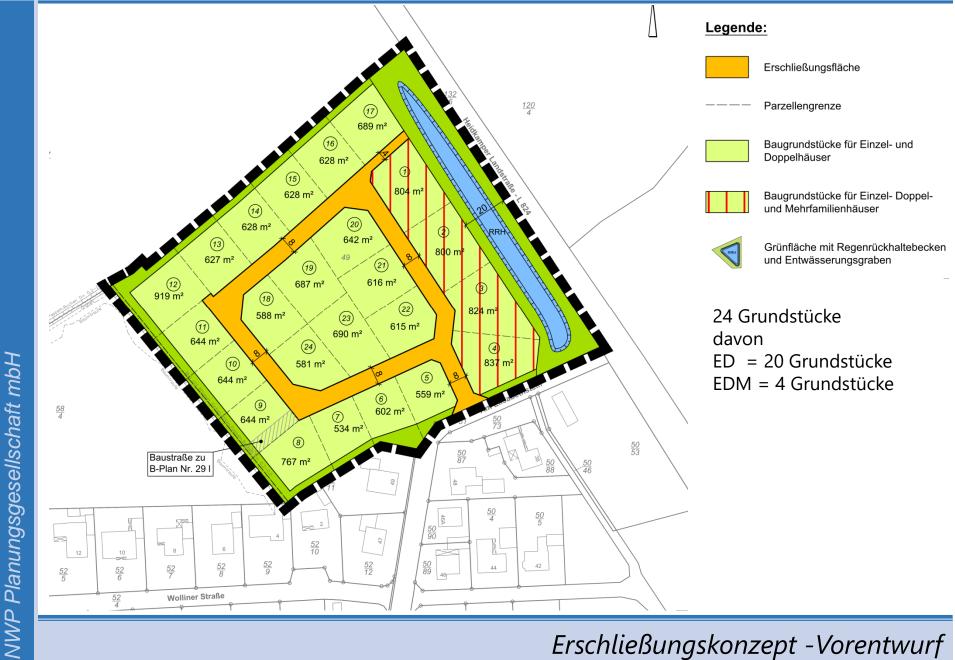








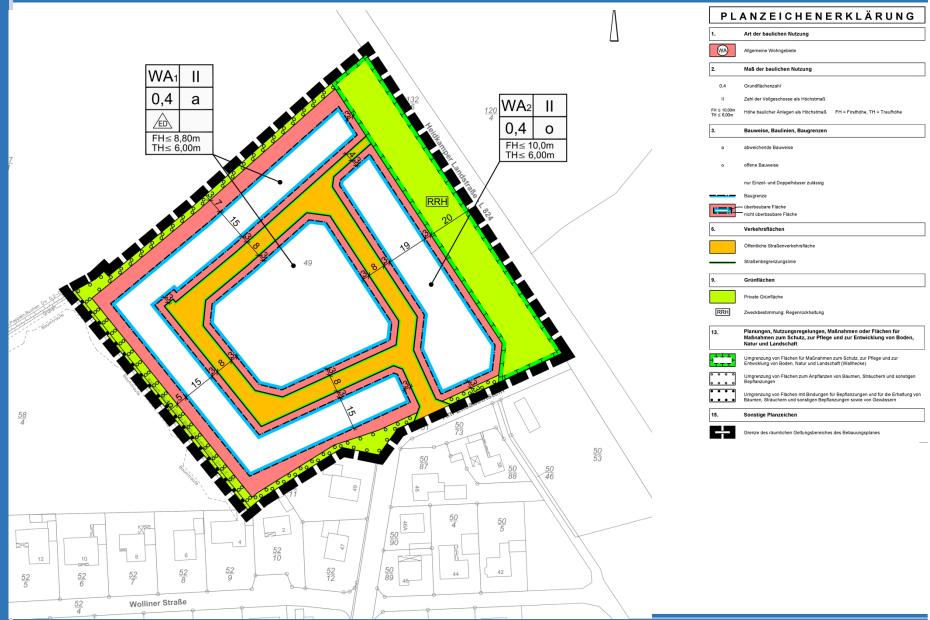




Erschließungskonzept -Vorentwurf



Planungsgesellschaft mbH



B-Plan Nr. 29 II - Vorentwurf



B-Plan 29 II - Textliche Festsetzungen

1. Allgemeine Wohngebiete

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass im Allgemeinen Wohngebiet die folgenden Ausnahmen gemäß § 4 (3) der BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- Anlagen f
 ür Verwaltungen
- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen

2. Höhe baulicher Anlagen

Gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird die Höhe der baulicher Anlagen wie folgt begrenzt:

- a) Die Firsthöhe darf folgendes Maß nicht überschreiten:
 - im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 eine Höhe von 8,80 m
 - im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 eine Höhe von 10,00 m

Unterer Bezugspunkt für die Firsthöhe ist der in der Planzeichnung gekennzeichnete Höhenbezugspunkt in der Wolliner Straße. Der obere Bezugspunkt ist der oberste Punkt des Daches (gemessen in Fassadenmitte).

b) Die Traufhöhe darf eine Höhe von 6.00 m nicht überschreiten.

Als Traufhöhe gilt das Maß zwischen Oberkante Höhenbezugspunkt in der Wolliner Straße und den äußeren Schnittlinien von Dachhaut und Außenwand.

3. Oberkante Erdgeschossfußboden

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf 60 cm über Niveau der Mittelachse der nächstgelegenen Erschließungsstraße nicht überschreiten. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

4. Mindestgrundstücksgrößen

Die Mindestgrundstücksgröße wird wie folgt festgesetzt:

- a) für Grundstücke mit Einzelhäusern 450 qm.
- b) für Grundstücke mit Doppelhaushälften 275 qm.

5. Anzahl der Wohneinheiten

Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 6 BauGB wie folgt begrenzt:

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 auf zwei Wohnungen pro Wohngebäude und eine Wohnung pro Doppelhaushälfte,

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 auf 6 Wohnungen pro Wohngebäude.

6. Abweichende Bauweise

In der abweichenden Bauweise sind Gebäude zulässig wie in der offenen Bauweise, jedoch mit folgender Abweichung:

- Im Algemeinen Wohngebiet WA 1 eine Längenbeschränkung von 15 m für ein Einzelhaus und von 10 m für eine Doppelhaushälfte.
- Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 eine Längenbeschränkung von 20 m.

Garagen gemäß \S 12 BauNVO und Nebenanlagen gemäß \S 14 BauNVO sind auf die Gebäudelängen nicht anzurechnen.

7. Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen

Gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB sind Garagen und überdachte Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO in Form von Gebäuden zwischen den straßenseitigen Baugrenzen und den Grenzen der öffentlichen Verkehrsflächen nicht zulässig.

8. Flächen zum Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB gekennzeichneten Fläche sind die Gehölze auf der Wallhecke zu erhalten. Pflegemaßnahmen sind zulässig. Bei Abgang von Gehölzen sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Für Nachpflanzungen geeignete Gehölze sind Stieleiche (Quercus robur) und Hainbuche (Carpinus betulus) sowie als kleine Bäume und Sträucher Feldahorn (Acer campestre), Hasel (Corylus avellana), Weißdorn (Craetaegus monogyna), Schlehe (Prunus spinosa), Eberesche (Sorbus auscuparia) und Hundsrose (Rosa canina).

9. Flächen zum Anpflanzen

- (1) Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB mit P 1 gekennzeichneten Fläche ist zum Schutz der Bäume auf der Wallhecke im Traufbereich der Bäume eine extensive Pflege der Grundfläche mit einer zweimaligen Mahd umzusetzen. Im Übergang zu den angrenzenden Gärten ist eine Laubgehölzhecke standortgerechter Arten nachstehender Artenliste anzupflanzen. Eine gärtnerische Nutzung dieses Saumes sowie jegliche Art von Versiegelungen, Überbauungen, Abgrabungen und Materialablagerungen, auch von Kompost etc., sind nicht zulässig.
- (2) Innerhalb der mit P 2 gekennzeichneten Fläche ist zur Ausbildung eines Siedlungsrandes eine freiwachsende, zweireihige, versetzt zu pflanzende Laubgehölzhecke aus standortgerechten Arten nachstehender Artenliste anzupflanzen und zu unterhalten. Bei Abgang von Gehölzen sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Für Heckenpflanzungen geeignete Gehölze sind kleinere Bäume und Sträucher wie Feldahorn (Acer campestre), Hasel (Corylus avellana), Weißdorn (Craetaegus monogyna), Schlehe (Prunus spinosa), Eberesche (Sorbus auscuparia) und Hundsrose (Rosa canina).

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB gekennzeichneten Fläche ist ein Rückhaltebecken einschließlich der erforderlichen Unterhaltungsflächen herzustellen. Die randlichen Freiflächen des Rückhaltebeckens sind extensiv als Grünlandsaum zu pflegen.

Örtliche Bauvorschriften

1. Dachgestaltung

Als Dachformen sind bei den Hauptgebäuden nur Sattel-, Wallm-, Krüppelwallm-, Zelt- und Pultdächer mit einem Dachneigungswinkel von wenigstens 28° und höchstens 47°, bei zweigeschossiger Bauweise im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 höchstens 30° zulässig.

Garagen und Nebenanlagen als Gebäude sind von diesen Festsetzungen ausgenommen.

2. Einfriedungen

Als Einfriedungen der Baugrundstücke zu den öffentlichen Verkehrsflächen sind nur freiwachsende Schnitthecken aus Gehölzen (Feldahorn, Buchsbaum, Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche und Liguster) oder Zäune (hinterliegend auf der Grundstücksseite) in Kombination mit Hecken zulässig. Die Zaunhöhe darf die Entwicklungshöhe der Schnitthecken nicht übersteigen.



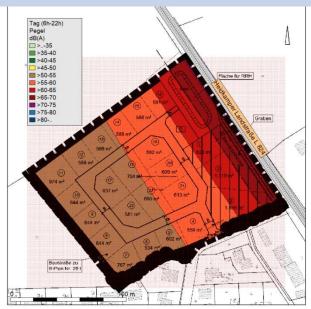


Abbildung 3: Beurteilungspegelverlauf im Tagzeitraum auf dem Plangebiet unter Berücksichtigung von Straßenverkehr, Rasterhöhe: 4,8 m (1.06).

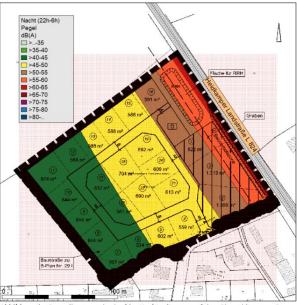


Abbildung 4: Beurteilungspegelverlauf im Nachtzeitraum auf dem Plangebiet unter Berücksichtigung von Straßenverkehr, Rasterhöhe: 4,8 m (1.0G).

Die ermittelten Lärmpegelbereiche sind für das am stärksten betroffene 1. Obergeschoss in Abbildung 6 dargestellt.



Abbildung 6: Lärmpegelbereiche nachts (+10 dB(A)) nach DIN 4109-1, relative Höhe 1.0G.

Überschreitungen der Orientierungswerte Lärmschutzmaßnahmen erforderlich



Keine Überschreitungen der Richtwerte durch den Milchhof

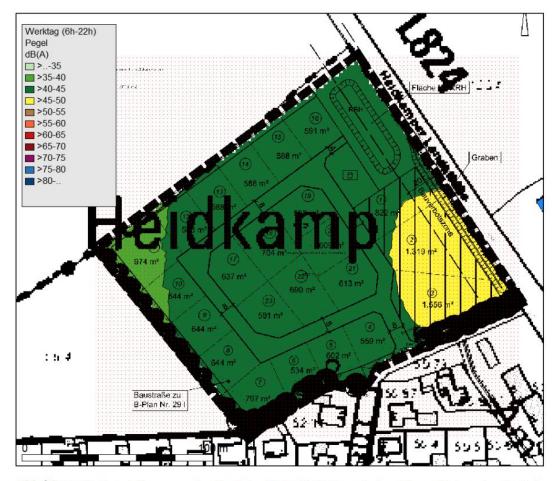


Abbildung 5: Beurteilungspegelverlauf im **Tagzeitraum** auf dem Plangebiet unter Berücksichtigung von gewerblichen Geräuschen, Rasterhöhe: 4,8 m (1.0G).





Landkreis Ammerland

Lärmschutzgutachten – Festsetzungen aufgenommen Entwässerungskonzept / großräumige Betrachtung Wallhecke Süd - zur Erhaltung festgesetzt Abstände RRB zur Wallhecke - ausreichend Kompensation – Ökokonto "Renaturierung Halfsteder Bäke" Höhenbezugspunkt - Straße "Am Elisabethstein"

Nds. Landesbehörde Straßenbau/Verkehr

Bauverbotszone – Keine Zustimmung für RRB – Becken nur im nördlichen Teil

Haaren Wasseracht

Ganzheitliches Entwässerungskonzept – hier nur B-Plan

EWE Wasser

Anschluss an Schmutzwasserkanal in Straße "Am Elisabethstein möglich"

Landwirtschaftskammer

Erweiterung LW möglich – keine Bedenken

Hinweise - VBN, EWE Netz, OOWV, Vodafone, Telekom, LGLN (Kampfmittel)

Private Einwender

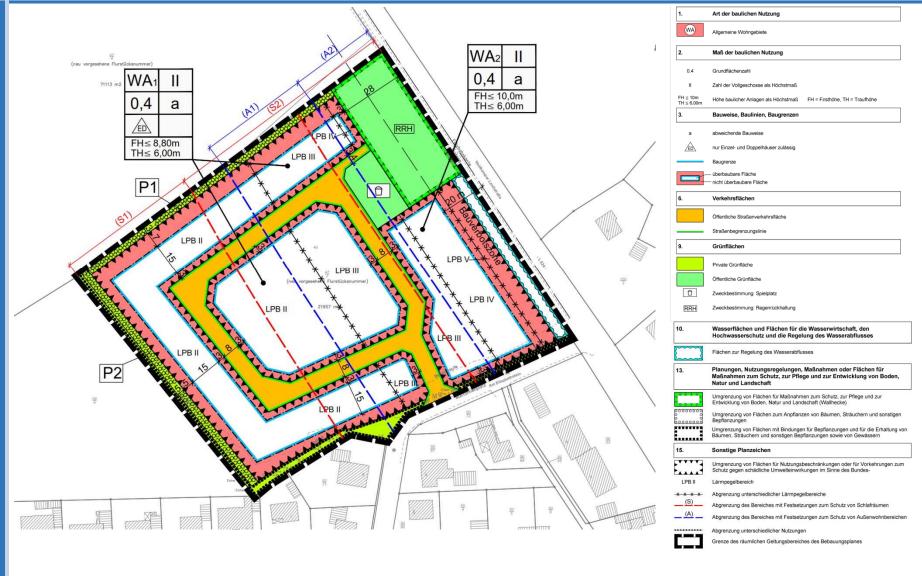
Grundsätzliche Bedenken gegen Bebauung (Wallhecken), RRB verlegen, Spielplatz

Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung











1. Allgemeine Wohngebiete

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass im Allgemeinen Wohngebiet die folgenden Ausnahmen gemäß § 4 (3) der BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- · sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- Anlagen für Verwaltungen
- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen

2. Höhe baulicher Anlagen

Gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird die Höhe der baulicher Anlagen wie folgt begrenzt:

- a) Die Firsthöhe darf folgendes Maß nicht überschreiten:
 - im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 eine Höhe von 8,80 m
 - im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 eine Höhe von 10,00 m

Unterer Bezugspunkt für die Firsthöhe ist der in der Planzeichnung gekennzeichnete Höhenbezugspunkt in der Straße "Am Elisabethstein". Der obere Bezugspunkt ist der oberste Punkt des Daches (gemessen in Fassadenmitte).

b) Die Traufhöhe darf eine Höhe von 6,00 m nicht überschreiten.

Als Traufhöhe gilt das Maß zwischen Oberkante Höhenbezugspunkt in der Wolliner Straße und den äußeren Schnittlinien von Dachhaut und Außenwand.

3. Oberkante Erdgeschossfußboden

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf 60 cm über Niveau der Mittelachse der nächstgelegenen Erschließungsstraße nicht überschreiten. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche.

4. Mindestgrundstücksgrößen

Die Mindestgrundstücksgröße wird wie folgt festgesetzt:

- a) für Grundstücke mit Einzelhäusern 450 gm.
- b) für Grundstücke mit Doppelhaushälften 275 gm.

5. Anzahl der Wohneinheiten

Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 6 BauGB wie folgt begrenzt:

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 auf zwei Wohnungen pro Wohngebäude und eine Wohnung pro Doppelhaushälfte.

Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 auf 6 Wohnungen pro Wohngebäude.

6. Abweichende Bauweise

In der abweichenden Bauweise sind Gebäude zulässig wie in der offenen Bauweise, jedoch mit folgender Abweichung:

- Im Algemeinen Wohngebiet WA 1 eine Längenbeschränkung von 15 m für ein Einzelhaus und von 10 m für eine Doppelhaushälfte.
- Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 eine Längenbeschränkung von 20 m.

Garagen gemäß § 12 BauNVO und Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind auf die Gebäudelängen nicht anzurechnen.

7. Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen

Gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB sind Garagen und überdachte Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO in Form von Gebäuden zwischen den straßenseitigen Baugrenzen und den Grenzen der öffentlichen Verkehrsflächen nicht zulässig.

8. Flächen zum Erhaltung von Bäumen und Sträuchern

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB gekennzeichneten Fläche sind die Gehölze auf der Wallhecke zu erhalten. Pflegemaßnahmen sind zulässig. Bei Abgang von Gehölzen sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Für Nachpflanzungen geeignete Gehölze sind Stieleiche (Quercus robur) und Hainbuche (Carpinus betulus) sowie als kleine Bäume und Sträucher Feldahorn (Acer campestre), Hasel (Corylus avellana), Weißdorn (Craetaegus monogyna), Schlehe (Prunus spinosa), Eberesche (Sorbus auscuparia) und Hundsrose (Rosa canina).

9. Flächen zum Anpflanzen

- (1) Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB mit P 1 gekennzeichneten Fläche ist zum Schutz der Bäume auf der Wallhecke im Traufbereich der Bäume eine extensive Pflege der Grundfläche mit einer zweimaligen Mahd umzusetzen. Im Übergang zu den angrenzenden Gärten ist eine Laubgehölzhecke standortgerechter Arten nachstehender Artenliste anzupflanzen. Eine gärtnerische Nutzung dieses Saumes sowie jegliche Art von Versiegelungen, Überbauungen, Abgrabungen und Materialablagerungen, auch von Kompost etc., sind nicht zulässig.
- (2) Innerhalb der mit P 2 gekennzeichneten Fläche ist zur Ausbildung eines Siedlungsrandes eine freiwachsende, zweireihige, versetzt zu pflanzende Laubgehölzhecke aus standortgerechten Arten nachstehender Artenliste anzupflanzen und zu unterhalten. Bei Abgang von Gehölzen sind Nachpflanzungen vorzunehmen.

Für Heckenpflanzungen geeignete Gehölze sind kleinere Bäume und Sträucher wie Feldahorn (Acer campestre), Hasel (Corylus avellana), Weißdorn (Craetaegus monogyna), Schlehe (Prunus spinosa), Eberesche (Sorbus auscuparia) und Hundsrose (Rosa canina).

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Innerhalb der gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB gekennzeichneten Fläche ist ein Rückhaltebecken einschließlich der erforderlichen Unterhaltungsflächen herzustellen. Die randlichen Freiflächen des Rückhaltebeckens sind extensiv als Grünlandsaum zu pflegen.

Textliche Festsetzungen-Entwurf



11. Vorkehrungen zum Schutz gegen Verkehrslärm

(1) In den gekennzeichneten Lärmpegelbereichen II, III, IV und V sind für Neubauten bzw. genehmigungspflichtige bauliche Änderungen von Wohn- und Aufenthaltsräumen im Sinne der DIN 4109 die folgenden erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße (erf. R'W,ges) durch die Außenbauteile (Wandanteil, Fenster, Lüftung, Dächer etc.) einzuhalten:

Lärmpegelberei	ch Aufenthaltsräume von Wohnungen u. ä.	Büroräume u. ä.
II	erf. R'W,ges = 30 dB	erf. R'W,ges = 30 dB
III	erf. R'W,ges = 35 dB	erf. R'W,ges = 30 dB
IV	erf. R'W,ges = 40 dB	erf. R'W,ges = 35 dB
V	erf. R'W,ges = 45 dB	erf. R'W,ges = 40 dB

Die Berechnung der konkreten Dämmwerte im Genehmigungsverfahren erfolgt unter Berücksichtigung der Tabelle 7 der DIN 4109-1:2016-07. Die aufgeführten bewerteten, resultierenden Luftschalldämm-Maße dürfen vom Luftschalldämm-Maß der gesamten Außenbauteile eines schutzbedürftigen Raumes nach DIN 4109-1 nicht unterschritten werden.

(2) Innerhalb des in der Planzeichnung abgegrenzten Bereichs <u>S1 und S2</u> mit Festsetzungen zum Schutz von Schlafräumen gelten folgende Festsetzungen:

In zukünftigen Schlafräumen ist zur Nachtszeit zwischen 22:00 und 6:00 Uhr ein Schalldruckpegel von ≤ 30 dB(A) im Rauminnern bei ausreichender Belüftung zu gewährleisten.

Zukünftige Schlafräume, deren Fenster sich in dem Bereich S1 befinden, sind zur lärmabgewandten Seite auszurichten oder mit schallgedämmten Lüftungssystemen so auszustatten, dass im Nachtzeitraum ein Beurteilungspegel von 30 dB(A) im Rauminneren nicht überschritten wird

Zukünftige Schlafräume, deren Fenster sich in dem Bereich S2 befinden, sind mit schallgedämmten Lüftungssystemen auszustatten.

(3) Innerhalb des in der Planzeichnung abgegrenzten Bereichs <u>A1 und A2</u> mit Festsetzungen zum <u>Schutz von Außenwohnbereichen gelten folgende Festsetzungen:</u>

Zukünftige Außenwohnbereiche (Terrassen, Balkone) im Bereich A 1 sind zur geräuschabgewandten Seite (südwest) auszurichten oder durch geeignete bauliche Maßnahmen (z.B. verglaste Loggien) so zu planen, dass die Orientierungswerte gemäß DIN 18005 eingehalten werden. Durch Gebäudeabschirmungen kann ein um 5 dB verminderter Außenlärmpegel angesetzt werden.

Zukünftige Außenwohnbereiche (Terrassen, Balkone) im Bereich A 2 sind zu vermeiden oder durch geeignete bauliche Maßnahmen (z.B. verglaste Loggien) so zu planen, dass die Orientierungswerte gemäß DIN 18005 eingehalten werden.

Die DIN-Vorschriften werden zur Einsicht bei der Gemeinde Wiefelstede, Bauamt, bereitgestellt.

Neu - Festsetzungen zum Lärmschutz

Örtliche Bauvorschriften

1. Dachgestaltung

Als Dachformen sind bei den Hauptgebäuden nur Sattel-, Walm-, Krüppelwalm-, Zelt- und Pultdächer mit einem Dachneigungswinkel von wenigstens 28° und höchstens 47°, bei zweigeschossiger Bauweise im Allgemeinen Wohngebiet WA 1 höchstens 30° zulässig.

Garagen und Nebenanlagen als Gebäude sind von diesen Festsetzungen ausgenommen.

2. Einfriedungen

Als Einfriedungen der Baugrundstücke zu den öffentlichen Verkehrsflächen sind nur freiwachsende Schnitthecken aus Gehölzen (Feldahorn, Buchsbaum, Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche und Liguster) oder Zäune (hinterliegend auf der Grundstücksseite) in Kombination mit Hecken zulässig. Die Zaunhöhe darf die Entwicklungshöhe der Schnitthecken nicht übersteigen.

Tischvorlage en To? 15

Anwohner/innen des Holtkamps in Borbeck, 26215 Wiefelstede

Borbeck, 06.09.2018

Bartels, Else, Holtkamp 4
Familie Bünting, Holtkamp 13
Familie Ferlemann, Holtkamp 8
Familie Leinigen, Holtkamp 9
Familie Mader, Holtkamp 16
Familie Pollack, Holtkamp 10
Familie Richter, Holtkamp 15/18
Familie Schlüter, Holtkamp 11
Familie Singmann, Holtkamp 14

Familie Weigelt, Holtkamp 2

Tischvorlage

für die Sitzung des Bau- und Umweltausschuss Gemeinde Wiefelstede am 10.09.2018

Eingabe zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 Borbeck, Holtkamp

Im Namen der überwiegenden Anzahl der Nichtbefürworter des Vorhabens (siehe Unterschriftenliste vom 03.07.2018 und des ablehnenden Votums auf der Anliegerversammlung am 17.05.2018) tragen wir nochmals unsere Argumente vor, die bestehenden Bebauungsgrenzen und die Größe der Bebauungsfläche der Grundstücke nicht zu verändern.

Durch eine mögliche Nachverdichtung der Bebauung sehen wir unsere Wohn- und Lebensqualität durch Zunahme an Lärm, Sichtbeeinträchtigung, Emissionen durch höheres Verkehrsaufkommen im Wohngebiet erheblich beeinträchtigt.

Auch käme es zu einer zusätzlichen Bodenversiegelung der Fläche was aus Umweltgründen nicht zu befürworten wäre.

Außerdem wurde eine Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Borbeck, Holtkamp" (Schreiben vom 17.09.2008 des Verwaltungsausschusses der Gemeinde Wiefelstede) aufgrund zahlreicher Gegenstimmen von Anliegern einstimmig abgelehnt.

Eine Verbesserung der Infrastruktur des Ortes durch eine Nachverdichtung der Bebauung sehen wir nicht. Vielmehr ist eine zur Zeit der Siedlungsentstehung auf dem Holtkamp vorhandene Infrastruktur stetig abgebaut worden. In den Sechzigerjahren befanden sich in Borbeck u.a. eine Grundschule, sowie Filialen eines Geldinstitutes und der Raiffeisengenossenschaft, Lebensmittelgeschäfte etc.

Obwohl später eine Bebauung an der Bremer Straße und auf der Holtwiese erfolgte, hat sich die Infrastruktur nicht wieder verbessert.

Argumente zur Verbesserung der Wohnsituation durch eine Verdichtungsvariante auf der Anliegerversammlung vom 17.05.2018 wurden nicht eingebracht.

Wir bitten den Bau- und Umweltausschuss der Gemeine Wiefelstede, dem Votum der Anliegerversammlung vom 17.05.2018 sowie den Eingaben vom 03.07.2018 und 06.09.2018 zu entsprechen und dem Gemeinderat eine Ablehnung des Vorhabens vorzuschlagen.

gez. die Anwohner/innen

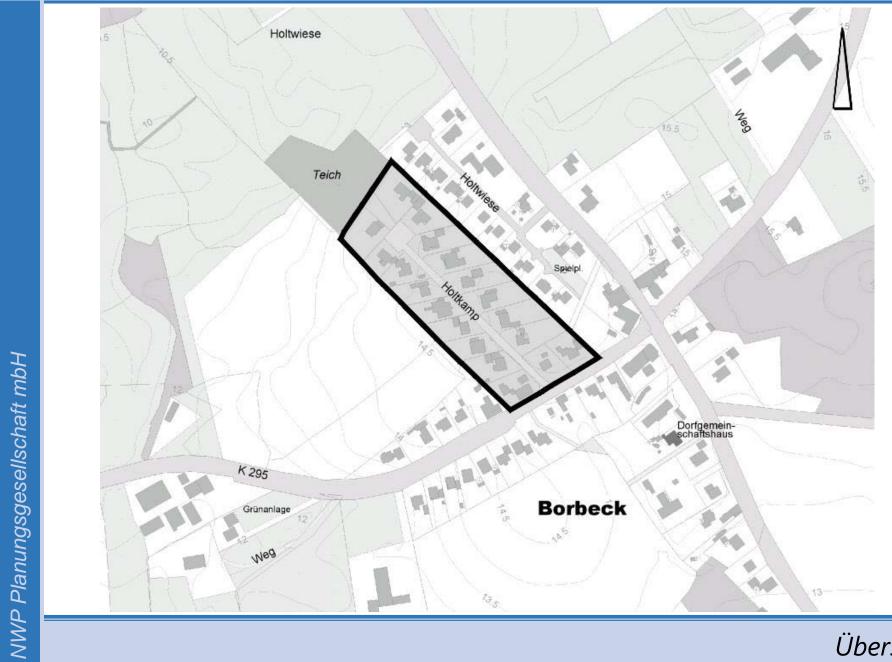
Gemeinde Wiefelstede

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11

Borbeck, Holtkamp

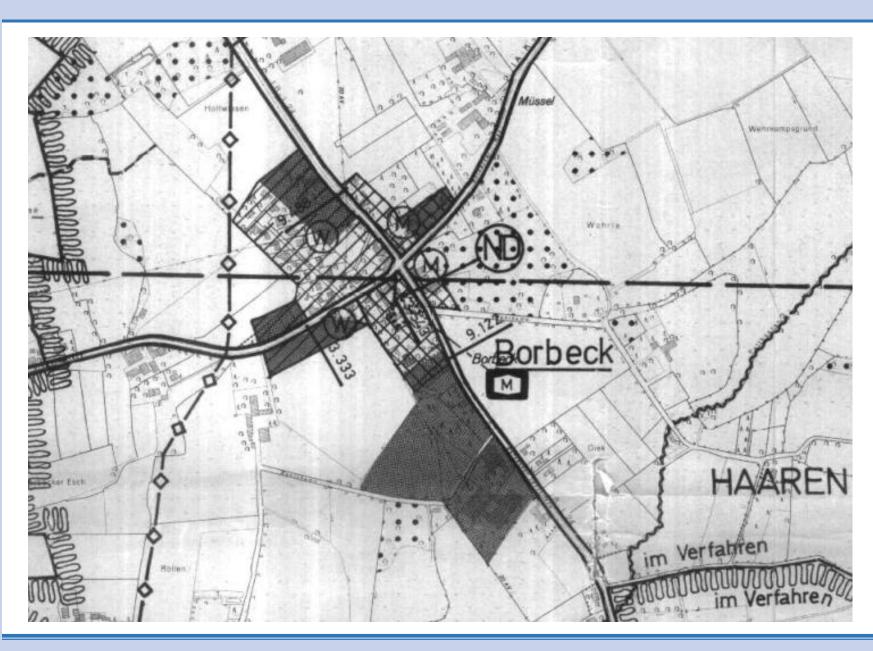
Gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren

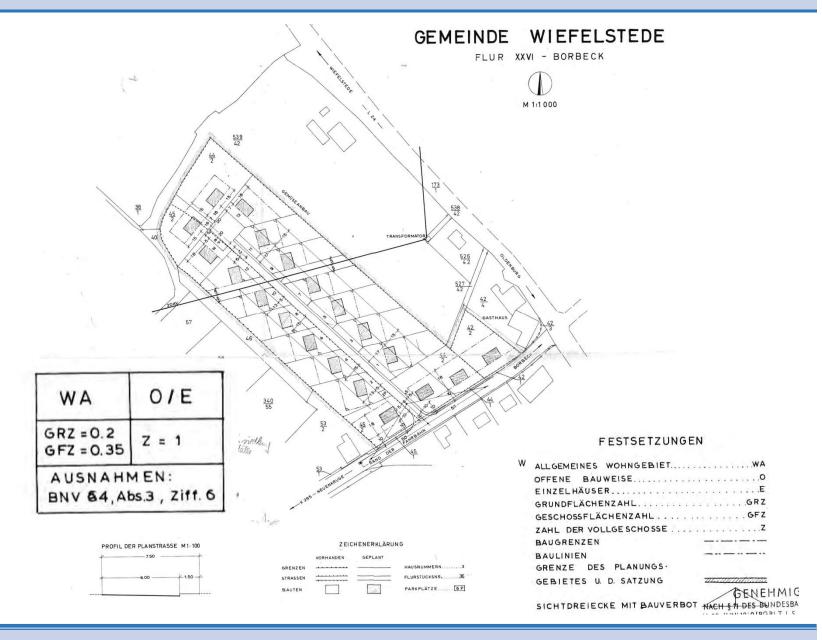






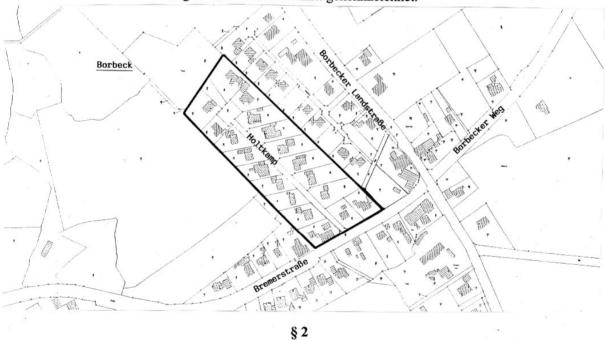
Luftbild







Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung umfaßt den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 11 und ist auf dem folgenden Kartenausschnitt gekennzeichnet.

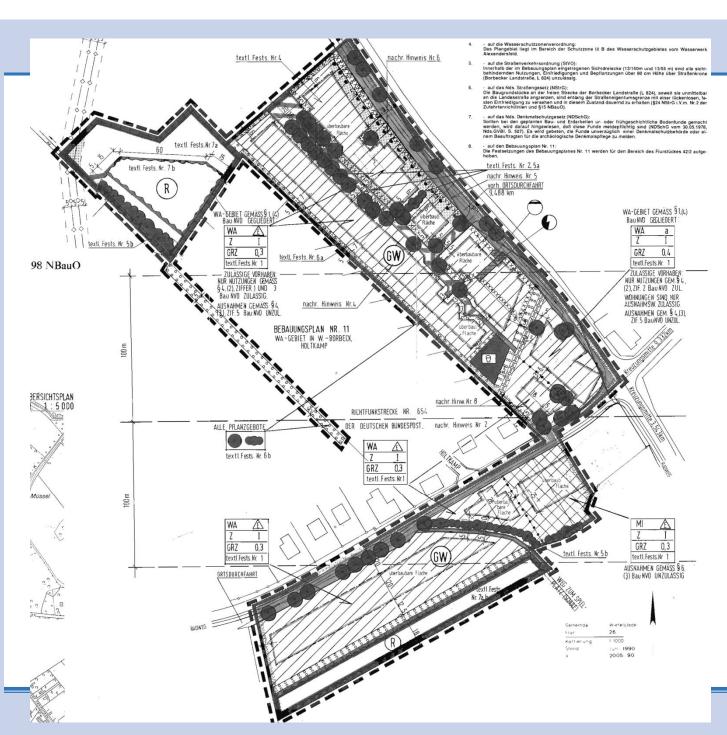


Der § 8 Satz 1 der Satzung zum Bebauungsplan Nr. 11, wonach freistehende Ställe und Nebengelasse sowie Garagen nur innerhalb der überbaubaren Fläche errichtet werden dürfen, wird aufgehoben.

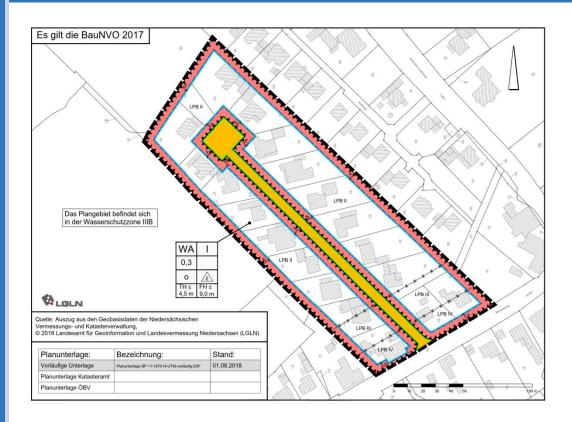
§ 3

Neu festgesetzt wird, dass der Abstand von Garagen (§12 BauNVO) und Nebenanlagen (§ 14 BauNVO) zur Straßenbegrenzungslinie mindestens 3 Meter betragen muss.









Erhöhung GRZ von 0,2 auf 0,3 Vergrößerung der überbaubaren Flächen

PLANZEICHENERKLÄRUNG Art der baulichen Nutzung Allgemeine Wohngebiete Maß der baulichen Nutzung 0,3 Grundflächenzahl Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß TH= Traufhöhe Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß Bauweise, Baulinien, Baugrenzen Offene Bauweise nur Einzelhäuser zulässig Baugrenze nicht überbaubare Fläche Verkehrsflächen Öffentliche Straßenverkehrsfläche Straßenbegrenzungslinie Sonstige Planzeichen Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Lärmpegelbereich Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes



Textliche Festsetzungen

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass im Allgemeinen Wohngebiet die folgenden Ausnahmen gemäß des § 4 Abs. 3 Nr.1 und Nr. 3-5 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Anlagen f
 ür Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe.
- Tankstellen

2. Höhe baulicher Anlagen

Gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO wird die Höhe der baulicher Anlagen wie folgt begrenzt:

a) Die Firsthöhe darf eine Höhe von 9,0 m nicht überschreiten

Unterer Bezugspunkt für die Firsthöhe ist der in der Planzeichnung gekennzeichnete Höhenbezugspunkt in der Straße "Hollkamp". Der obere Bezugspunkt ist der oberste Punkt des Daches (øemessen in Fassadenmitte).

b) Die Traufhöhe darf eine Höhe von 4,5 m nicht überschreiten.

Als Traufhöhe gilt das Maß zwischen Oberkante Höhenbezugspunkt in der Straße "Holtkamp" und den äußeren Schnittlinien von Dachhaut und Außenwand.

3. Oberkante Erdgeschossfußboden

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf 60 cm über dem Niveau der Mittelachse der Straße "Holtkamp" nicht überschreiten. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche der Straße Holtkamp"

4. Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB sind Garagen und überdachte Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO in Form von Gebäuden zwischen den straßenseitigen Baugrenzen und den Grenzen der öffentlichen Verkehrsflächen nicht zulässig.

5. Anzahl der Wohneinheiten

Die Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB auf zwei Wohnungen pro Wohngebäude begrenzt.

6. Vorkehrungen zum Schutz gegen Verkehrslärm

Für Neubauten bzw. genehmigungspflichtige bauliche Änderungen von Wohn- und Aufenthaltsräumen gelten folgende Vorkehrungen zum Lärm:

(1) In den gekennzeichneten L\u00e4rmpegelbereichen II, III und IV sind im Sinne der DIN 4109 die folgenden erforderlichen resultierenden Schalld\u00e4mm-Ma\u00dbe (erf. R'W,ges) durch die Au\u00dbenbauteile (Wandanteil, Fenster, L\u00fcftung, D\u00e4cher etc.) einzuhalten:

Lärmpegelbereich	Aufenthaltsräume von Wohnungen u. ä.	Büroräume u. ä.
11	erf. R'W,ges = 30 dB	erf. R'W,ges = 30 dB
III	erf. R'W,ges = 35 dB	erf. R'W,ges = 30 dB
IV	erf. R'W,ges = 40 dB	erf. R'W,ges = 35 dB

Die Berechnung der konkreten Dämmwerte im Genehmigungsverfahren erfolgt unter Berücksichtigung der Tabelle 7 der DIN 4109-1:2016-07. Die aufgeführten bewerteten, resultierenden Luftschalldämm-Maße dürfen vom Luftschalldämm-Maß der gesamten Außenbauteile eines schutzbedürftigen Raumes nach DIN 4109-1 nicht unterschritten werden.

- (2) In den gekennzeichneten L\u00e4rmpegelbereichen III und IV sind Schlafr\u00e4ume zur I\u00e4rmabgewandten Seite auszurichten oder mit schallged\u00e4mmten L\u00fcftungssystemen so auszustatten, sodass im Nachtzeitraum ein Beurteilungspegel von 30 dB(A) im Rauminneren nicht \u00fcberschritten wird.
- (3) In den gekennzeichneten L\u00e4rmpegelbereichen III und IV sind Au\u00ddenwohnbereiche (Terrassen, Balkone) zur ger\u00e4uschappenschen Steine unszurichten oder durch geeignete bauliche Ma\u00ednahmen (z.B. verglaste Loggien) so zu planen, dass die Orientierungswerte gem\u00e4\u00dd Dit N 18005 eingehalten werden. Durch Geb\u00e4udeabschirmungen kann ein um 5 dB verminderter Au\u00ddenlampegel angeselzt werden.

Die DIN-Vorschriften werden zur Einsicht bei der Gemeinde Wiefelstede, Bauamt, bereitgestellt.

Örtliche Bauvorschriften

1. Dachgestaltung

Als Dachformen sind bei den Hauptgebäuden nur Sattel-, Walm-, Krüppelwalm- und Zeltdächer mit einem Dachneigungswinkel von wenigstens 28° und höchstens 47° zulässig.

Garagen und Nebenanlagen als Gebäude sind von diesen Festsetzungen ausgenommen.

2. Einfriedungen

Als Einfriedungen der Baugrundstücke zu den öffentlichen Verkehrsflächen sind nur freiwachsende Schnitthecken aus Gehötzen (Feldahorn, Buchsbaum, Hainbuche, Weißdorn, Rotbuche und Liguster) oder Zäune (hinterliegend auf der Grundstücksseite) in Kombination mit Hecken zulässig. Die Zaunhöhe darf die Entwicklungshöhe der Schnitthecken nicht übersteigen.

Hinweise

1. Denkmalschutz

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg (Tel. 0441/799-2120), – oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.

Im Fall von archäologischen Befunden ist das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege, Stützpunkt Oldenburg, Frau Dr. Jana Esther Fries (Ofener Str. 15, 26121 Oldenburg, Tel.-Nr. 0441/799-2120, Fax Nr. 0441/799-2123, E-Mail: jana.fries@nld.niedersachsen.de), unverzüglich zu informieren und der erforderliche Zeitraum für die fachberechte Bearbeitung einzuräumen.

2. Versorgungsleitungen

Die Lage von Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Wasser und Telekommunikation) ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen. Die Erdarbeiten sind frühzeitig mit den betroffenen Versorgungsunternehmen abzustimmen; die erforderlichen Schutzbestimmungen der ieweiligen Leitungsträger sind zu beachten.

3. Altablagerungen

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen oder Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die untere Abfallbehörde (Landkreis Ammerland) zu benachrichtigen.

4. Wasserschutzgebiet

Der Änderungsbereich liegt in der Schutzzone III B des Wasserschutzgebietes Alexandersfeld. Es gilt die Schutzgebietsverordnung für das Wasserwerk Alexandersfeld vom 25.01.1990.

Dem vorbeugenden Grundwasserschutz ist eine besondere Bedeutung beizumessen. Es sind nur Nutzungen und Handlungen zulässig, die mit den Schutzbestimmungen des Wasserschutzgebietes vereinbar sind. Informationen hierzu können beim Landkreis Ammerland, Untere Wasserbehörde, erfragt werden.

5. Verkehrslärm

Gegenüber dem Straßenbaulastträger können keine Ansprüche aufgrund der von der L 824 und der K 295 ausgehenden Emissionen geltend gemacht werden.

6. Sichtfelder

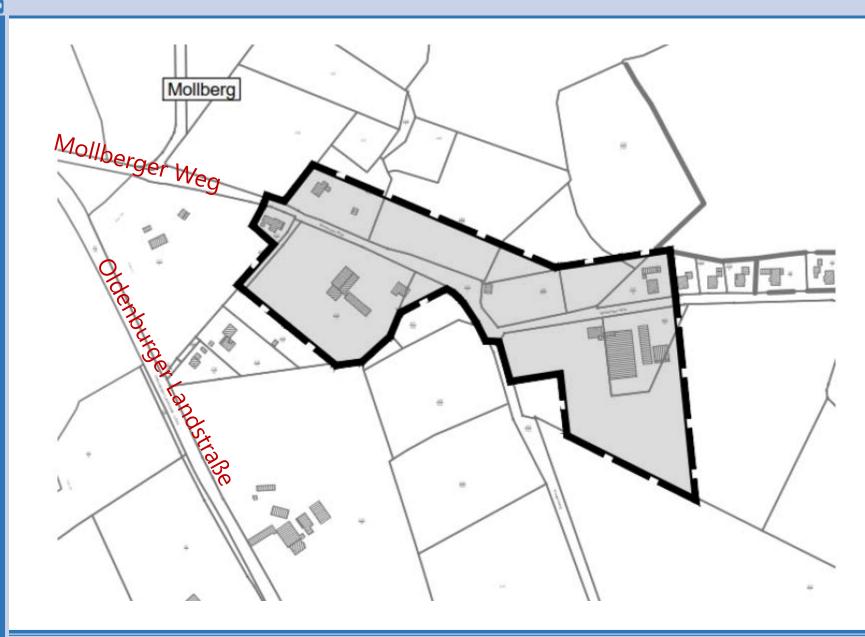
In dem Bereich der freizuhaltenden Sichtfelder darf die Sicht in einer Höhe zwischen 0,8 m und 2,5 m nicht versperrt werden.

Gemeinde Wiefelstede

Satzung in Mollberg

Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB



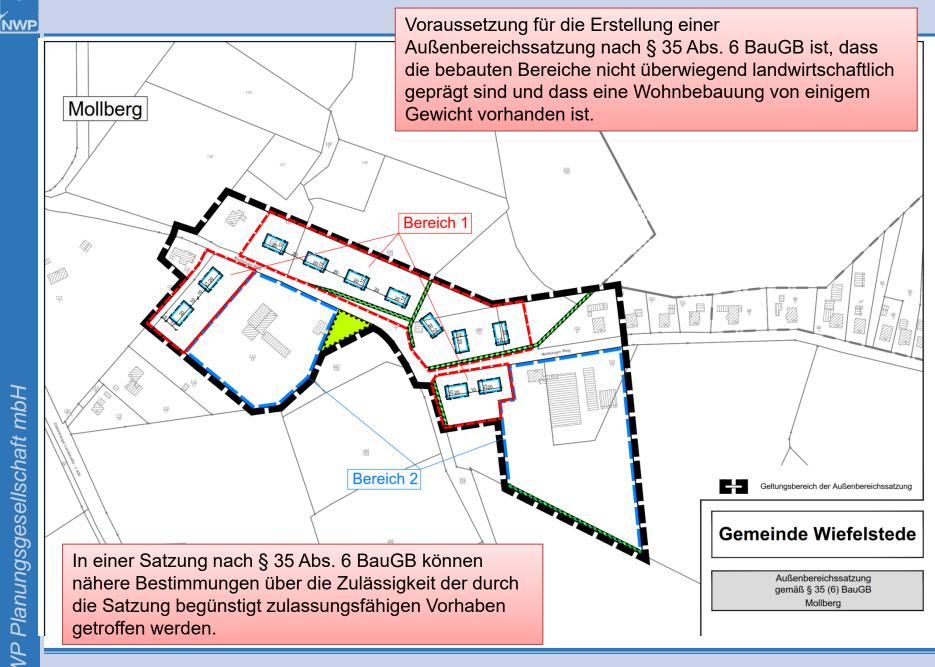












Entwurf



1. Geltungsbereich

Die Außenbereichssatzung gilt für den in der anliegenden Karte im Maßstab 1: 2.000 dargestellten Bereich des Gemeindegebietes. Die beigefügte Karte ist Bestandteil dieser Satzung.

2. Art der baulichen Nutzung

- 2.1 Wohnzwecken dienenden Vorhaben kann die im Flächennutzungsplan der Gemeinde Wiefelstede enthaltene Darstellung einer Fläche für die Landwirtschaft sowie die Befürchtung, dass eine Splittersiedlung entsteht oder verfestigt wird, nicht entgegengehalten werden.
- 2.2 Wohnzwecken dienenden Vorhaben müssen sich nach Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen.
- 2.3 In dem gekennzeichneten Bereich 2 sind kleinere Handwerks- und Gewerbebetriebe zulässig.



3. Nähere Bestimmungen über die Zulässigkeit

- 3.1 In dem gekennzeichneten Bereich 1 gelten folgende Bestimmungen:
 - a. Die Mindestgrundstücksgröße beträgt 1.000 m².
 - b. Pro Baugrundstück ist maximal ein Wohngebäude mit maximal zwei Wohneinheiten zulässig.
 - Die Errichtung von Wohngebäuden ist nur innerhalb der gekennzeichneten überbaubaren Flächen zulässig.
 - d. Garagen, überdachte Stellplätze und Stellplätzen gemäß § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Zu den seitlichen Grundstücksgrenzen müssen Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO und Garagen gemäß § 12 BauNVO einen Abstand von mindestens 1,0 m einhalten.
 - e. Die Firsthöhe der Gebäude, bemessen ab der OK Fahrbahn der Straße "Am Sülster", wird auf 9,00 m begrenzt. Zulässig ist ein Vollgeschoss. Es sind Gebäude bis zu meiner maximalen Länge von 18 m zulässig.
 - f. Zum Ausgleich der versiegelungsbedingten Beeinträchtigungen auf den neu zu erschließenden Wohngrundstücken sind Maßnahmen zur Siedlungsrandbildung durch Pflanzungen von standortgerechten Laubgehölzen als freiwachsende Laubgehölzoder Schnitthecken, oder Anpflanzungen von Obstbäumen sowie standortgerechter, heimischer Laubbäume umzusetzen.

Gemeinde Wiefelstede

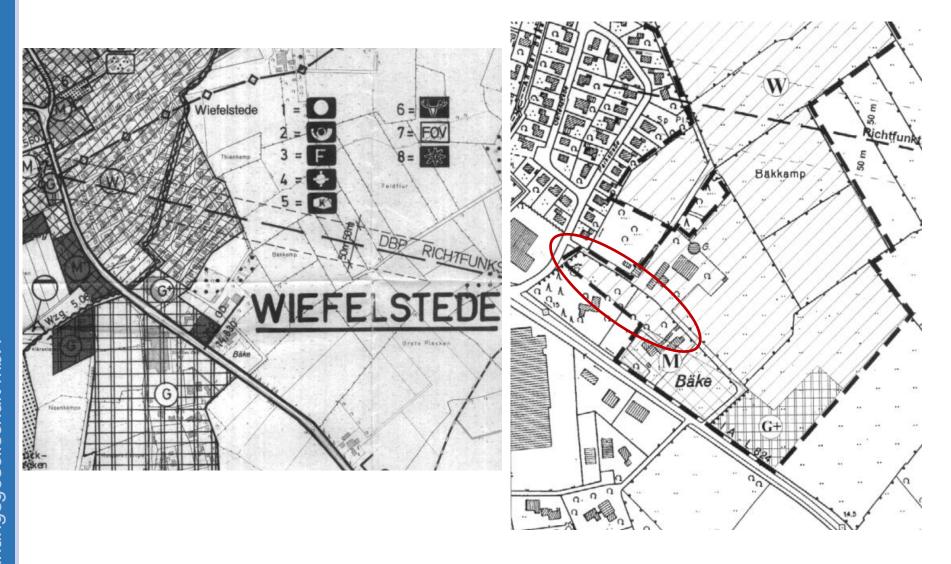
Bebauungsplan Nr. 25 I

Wiefelstede – Bäke, Erweiterung

Gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren



Übersicht

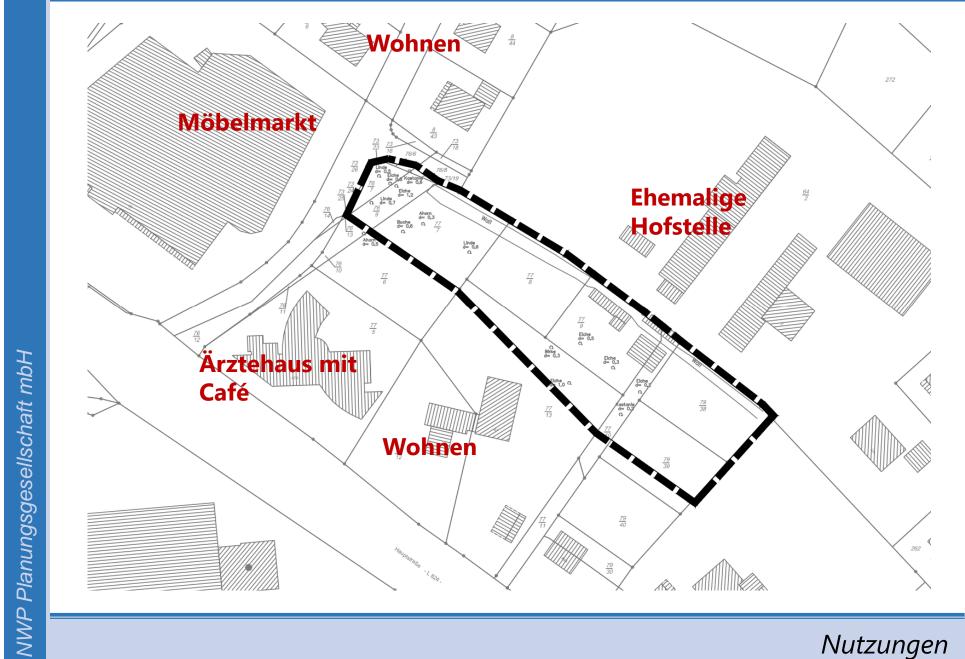


B-Plan 25 und 144









NWP Planungsgesellschaft mbH





1. Allgemeines Wohngebiet

Gemäß § 1 (6) BauNVO wird festgesetzt, dass im Allgemeinen Wohngebiet die folgenden Ausnahmen gemäß § 4 (3) BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes werden:

- Nicht störende Gewerbebetriebe
- Gartenbaubetriebe
- Tankstellen

2. Höhe baulicher Anlagen

Gemäß § 16 (3) Nr. 2 BauNVO dürfen die Gebäude eine Firsthöhe von 9,0 m und eine Traufhöhe von 6.0 m nicht überschreiten:

Unterer Bezugspunkt für die Höhen ist die Parkstraße. Der Bezugspunkt für die Firsthöhe ist der oberste Punkt des Daches. Oberer Bezugspunkt für die Traufhöhe ist die äußere Schnittlinie von Dachhaut und Außenwand.

3. Oberkante Erdgeschossfußboden

Die Oberkante des Erdgeschossfußbodens darf 60 cm über Niveau der Mittelachse der privaten Erschließungsstraße nicht überschreiten. Als Bezugspunkt gilt der Schnittpunkt der Mittelachse des neu einzumessenden Baugrundstückes mit der Mittelachse der Straßenverkehrsfläche Parkstraße.

4. Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen

Gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB sind Garagen und überdachte Einstellplätze im Sinne des § 12 BauNVO und Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO zwischen der straßenseitigen Baugrenze und der Grenze der öffentlichen Verkehrsfläche der Parkstraße nicht zulässig.

5. Private Verkehrsflächen

Die innerhalb der Planzeichnung gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauGB gekennzeichnete private Verkehrsfläche ist zum Schutz der Gehölze nur mit wassergebundener Decke zu befestigen.

6. Private Grünflächen

Die innerhalb der Planzeichnung gekennzeichneten Einzelbäume sind gemäß § 9 (1) Nr. 25 b BauGB zu erhalten. Bei Abgang der Gehölze sind Nachpflanzungen entsprechend der nachfolgenden Pflanzliste vorzunehmen.

Pflanzliste : Laubbäume Pflanzqualität: Hochstamm, Stammumfang mindestens 10 – 12 cm					
Carpinus betulus	Hainbuche	Sorbus aucuparia	Eberesche		
Fagus sylvatica	Rotbuche	Tilia cordata	Winterlinde		
Prunus padus	Traubenkirsche				

Die private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Wallhecke (nachrichtliche Übernahme) ist zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Abgänge von Bäumen und Sträuchern sind artgleich zu ersetzen. Beeinträchtigungen des Wallfußes sowie Abgrabungen und Ablagerungen von Materialien aller Art sind nicht zulässig. Eine gärtnerische Nutzung ist ebenfalls ausgeschlossen.